

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Michael Kreile

Die Bundesrepublik Deutschland —  
eine „économie dominante“  
in Westeuropa?

Udo Kempf

Frankreich nach der Wahl  
Politische, wirtschaftliche  
und soziale Probleme

Ernst Maste

Rousseau —  
Kulturphilosoph und Staatsdenker  
Zur 200. Wiederkehr des Todestages

ISSN 0479-611 X

B 26/78

1. Juli 1978

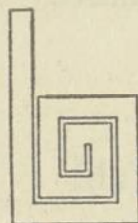
Michael Kreile, Dr. phil., geb. 1947, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Romanistik an den Universitäten Tübingen, Paris, Heidelberg und Harvard (Cambridge, USA).

Veröffentlichungen u. a.: Ostpolitik und ökonomische Interessen, in: E. Jahn/V. Rittberger (Hrsg.), Die Ostpolitik der BRD, Opladen 1974; West Germany: the dynamics of expansion, in: International Organization, Vol. 31, No. 4 (Autumn 1977); Osthandel und Ostpolitik, Baden-Baden 1978 (i. E.).

Udo Kempf, Dr. phil., geb. 1943 in Remscheid; Dozent für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Freiburg i. Br. und Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg.

Veröffentlichungen: Zur Kandidatenaufstellung in Frankreich, Berlin 1973; Bürgerbeauftragte — Eine vergleichende Studie, Mainz 1975; Das politische System Frankreichs — Eine Einführung, Opladen 1975; Amerika heute — Aktuelle politische, soziale und wirtschaftliche Probleme der USA (zus. m. G. Schlott), Frankfurt 1978<sup>3</sup>; Einführung in die Politische Wissenschaft — Beispiele, Gegenstandsbereiche, Definitionen (zus. m. H.-G. Merz und P.-L. Weinacht [Hrsg.]), Freiburg 1977; Bürgerinitiativen und repräsentatives System (zus. m. B. Guggenberger [Hrsg.]), Opladen 1978.

Ernst Maste, geb. 1901; von 1920 bis 1946 Tätigkeit in der Wirtschaft; seither Schriftsteller. Zahlreiche Veröffentlichungen aus den Bereichen Politische Wissenschaft, Geschichte, Soziologie, Philosophie in Sammelwerken, Zeitungen und Zeitschriften, u. a.: Der Staatsdenker Artur Mahraun (1890—1950), in: B 31/77.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Die Bundesrepublik Deutschland – eine „économie dominante“ in Westeuropa?

## I. Einleitung

Ein Gespenst geht um in der Auslandspresse: die Germanisierung Europas. Es hätte kaum der Affäre Kappler bedurft, um die nationalsozialistische Vergangenheit, den Extremistenbeschluß und die wirtschaftliche Potenz der Bundesrepublik zu einem brisanten Gemisch werden zu lassen, an dem sich traumatische Erinnerungen, legitime Sorgen, tiefsitzende Resentiments und frustrierte Großmachtambitionen entzünden. Für die Zeitschrift „Le Monde Diplomatique“ droht Europa unter das Joch einer deutsch-amerikanischen Hegemonie zu geraten. Die Bundesrepublik übernimmt dabei die Rolle des Prokonsulats<sup>1)</sup>. Das französische „Aktionskomitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europa“ (Comité d'action contre une Europe germano-américaine), zu dessen Mitgliedern der Schriftsteller Jean-Paul Sartre und der Ex-General Binoche gehören, sieht in der Direktwahl zum Europäischen Parlament die Krönung der westdeutschen Hegemonie über die Europäische Gemeinschaft<sup>2)</sup>. Der Gaullist Michel Debré hat die Frage gestellt, ob Deutschland dreißig Jahre nach dem Krieg wieder eine Gefahr für das Gleichgewicht der Kräfte in Europa werde, und der außenpolitische Experte der französischen KP-Führung, Jean Kanapa, hat die Option der KPF für die Beibehaltung und den Ausbau der französischen Atomstreitmacht (Force de Frappe) nicht zuletzt damit begründet, daß es gelte, den westdeutschen Imperialismus in Schach zu halten<sup>3)</sup>. Doch: Was dem einen ein Uhl, ... Während manchen Beobachtern das „Modell Deutschland“ zum Alptraum wird, gilt anderen die Bundesrepublik als Insel der Stabilität, als potentieller Motor eines wirtschaftlichen Aufschwungs, der den

Partnerländern den Weg aus der Krise erleichtern soll.

François Ceyrac, der Präsident des französischen Unternehmerverbands (CNPF), hat erklärt: „Die deutsche Wirtschaftskraft flößt den Franzosen im allgemeinen keine Angst ein. Sie kann sogar als Sicherheitsfaktor in den gegenwärtigen wirtschaftlichen Umwälzungen angesehen werden. Ein starkes Deutschland sichert die Stabilität der Europäischen Gemeinschaft.“<sup>4)</sup>

Von amerikanischer Seite ist angeregt worden, die USA und die Bundesrepublik sollten gemeinsam die Führung in der Weltwirtschaft übernehmen<sup>5)</sup>. Mit Befriedigung hat Bundesbankpräsident Emminger registriert: „Das Wort von der Bundesrepublik als ‚Wirtschaftsriese, aber politischem Zwerg‘ stimmt zwar schon lange nicht mehr. Aber daß die Bundesrepublik schon seit geraumer Zeit auch außenpolitisch in die Rolle einer mittleren Macht — sogar einer führenden mittleren Macht — eingerückt ist, hängt doch zu einem erheblichen Teil mit unserer Wirtschafts- und Währungsstärke und natürlich auch der wirtschaftlichen Anfälligkeit und Schwäche von anderen europäischen Ländern gleicher Größenordnung zusammen.“<sup>6)</sup>

Die Kehrseite der Medaille besteht darin, daß die Europäische Gemeinschaft zu einer „Klassengesellschaft“ geworden ist, an deren Spitze einsam die Bundesrepublik steht<sup>7)</sup>. So reizvoll es wäre, die sozialpsychologischen Aus-

<sup>1)</sup> Vgl. J. P. Vigier, L'Europe sous une hégémonie germano-américaine?, Le Monde Diplomatique Dez. 1976, S. 1, 7.

<sup>2)</sup> Anzeige in Le Monde 8./9. 5. 1977, S. 6; vgl. C. Bourdet, Comme en 1940, Le Monde 12./13. 6. 1977, S. 5.

<sup>3)</sup> Vgl. Le Monde 19./20. 6. 1977 (J. Huntziger, Le „mal allemand“).

<sup>4)</sup> Handelsblatt 21. 6. 1977.

<sup>5)</sup> Vgl. P. Katzenstein, West Germany's Place in American Foreign Policy: Pivot, Anchor or Broker?, in: R. Rosecrance (Hrsg.), America as an Ordinary Country, Ithaca/London 1976, S. 110—135, S. 113.

<sup>6)</sup> Vortrag vor der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: „Die internationale Bedeutung der deutschen Stabilitätspolitik“, Europa-Archiv Nr. 15/1977, S. 509 ff., S. 511.

<sup>7)</sup> So EG-Kommissar Haferkamp in: Handelsblatt 31. 12. 1976.

wirkungen dieser Entwicklung im In- und Ausland zu untersuchen oder die Legitimations- und Alibifunktionen des veröffentlichten Deutschlandbildes im lateinischen Europa zu analysieren — in diesem Beitrag wollen wir uns auf die politökonomische Dimension, das „fundamentum in re“ der angesprochenen Reaktionsmuster, beschränken. Ist die Bundesrepublik — so lautet unsere Frage — zu einer „économie dominante“, einer dominierenden Wirtschaft innerhalb Westeuropas herangewachsen, die ihren Partnern — gewollt oder ungewollt — das Gesetz des Handelns diktiert? Vermag die Bundesrepublik den übrigen

Staaten Westeuropas gegenüber aus einer Position der Stärke ökonomische und politische Optionen durchzusetzen, die deren Zielvorstellungen zuwiderlaufen? Um die Frage nach der Dominanz, dem Vormachteeffekt, den die Bundesrepublik auszuüben vermag, beantworten zu können, müssen wir zunächst klären, woran sich Dominanz bemißt, durch welche Indikatoren sie erfaßt werden kann und welche Vergleichsgrößen dafür heranzuziehen sind. Dies soll im folgenden in Auseinandersetzung mit Arbeiten des bekannten französischen Wirtschaftswissenschaftlers François Perroux versucht werden.

## II. Zum Konzept der „économie dominante“ bei F. Perroux

Die von François Perroux<sup>8)</sup> entwickelte Theorie der Domination versteht sich zunächst als Kritik der statistischen Gleichgewichtstheorie in der Nationalökonomie, die unterstellt, daß die Produktionseinheiten/Unternehmen gleich sind und daß vollständige Konkurrenz zwischen ihnen herrscht<sup>9)</sup>. Perroux geht es hingegen darum, in die ökonomische Theorie die Einsicht aufzunehmen, daß *Marktbeziehungen* von *Machtbeziehungen* durchdrungen sind. Ein Dominationseffekt liegt nach Perroux immer dann vor, wenn eine Wirtschaftseinheit A einen asymmetrischen, unumkehrbaren Einfluß auf eine Wirtschaftseinheit B ausübt. Elemente des Dominationseffekts sind die Verhandlungsmacht der Wirtschaftseinheit, ihre Größe und ihre Zugehörigkeit zu einem dynamischen Sektor der Wirtschaft. Dominationseffekte können ebensogut die Beziehungen zwischen Firmen wie solche zwischen Nationen charakterisieren. Nationalstaaten stellen Wirtschaftseinheiten dar, weil sie Gruppierungen privater Firmen sind, die vom Staat als dem Inhaber des Monopols öffentlicher Zwangsgewalt gesteuert werden<sup>10)</sup>. Die Komponenten des Dominationseffekts — Größe, Verhandlungsmacht und „strategische“ wirtschaftliche Aktivitäten — lassen sich folglich auch in den Beziehungen zwischen nationalen Volkswirtschaften analysieren. Eine „économie dominante“ zeichnet sich dadurch aus,

daß sie ein „autonomes Konjunkturzentrum“ bildet. Veränderungen volkswirtschaftlicher Aggregate wie Bruttosozialprodukt oder Investitionsvolumen sind weitgehend autonom, also binnenwirtschaftlich determiniert, während sie bei den Handelspartnern der „économie dominante“ in erheblichem Umfang von deren Wirtschaftsentwicklung beeinflusst sind. Der Dominationseffekt wird maximiert, wenn eine Volkswirtschaft in wichtigen Sektoren über die vergleichsweise mächtigsten Konzerne verfügt, die von einem der mächtigsten Staaten unterstützt werden<sup>11)</sup>.

Wenn Perroux als Merkmale der „économie dominante“ einen chronischen Exportüberschuß, die Gewährung langfristiger Kredite an die Handelspartner, hohe Faktorproduktivität und das Bemühen, ein liberales Welthandelssystem zu schaffen und zu erhalten, nennt, so ist darin unschwer eine verallgemeinernde Beschreibung der weltwirtschaftlichen Machtposition der Vereinigten Staaten während der Wiederaufbauperiode nach dem Zweiten Weltkrieg zu erkennen. Perroux räumt selbst ein, seine Analyse könnte womöglich als ein theoretisches Gebäude interpretiert werden, das von *einem* konkreten Beispiel her erstellt worden sei, oder gar als eine Summe durchsichtiger Anspielungen<sup>12)</sup>. Dies hieße jedoch — so fügt er hinzu — die zentrale Absicht und eines der wichtigsten Ergebnisse seiner Arbeiten verkennen. Die Analyse des Dominationseffekts erhelle sowohl zahlreiche Konstellationen auf dem Binnenmarkt als auch Struktur und

<sup>8)</sup> Eine Bibliographie der Arbeiten Perroux' findet sich bei U. Jeck, Die Theorie der Domination von François Perroux, Berlin 1968, S. 135 ff. Wir stützen uns vor allem auf F. Perroux, L'économie du XX<sup>e</sup> siècle, Paris 1969<sup>3</sup>.

<sup>9)</sup> Vgl. U. Jeck, a. a. O., S. 14 ff.

<sup>10)</sup> Perroux, a. a. O., S. 71, S. 80.

<sup>11)</sup> Ebd., S. 85.

<sup>12)</sup> Ebd., S. 99.

Funktionsweise aller dominanten Volkswirtschaften. Bei dominanten Volkswirtschaften läßt sich Perroux zufolge der konzentrierte Ausdruck eines Effekts beobachten, der gemeinhin die Beziehungen zwischen *allen* nationalen Volkswirtschaften charakterisiert. Insofern dient Perroux der Fall der USA als Material für die Konstruktion eines Idealtypus (modèle pur).

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur ist die Theorie der Domination oft gepriesen, aber auch mehrfach kritisiert worden. Beispielsweise wurde Perroux' Versuch gewürdigt, das Phänomen der Macht in die Außenwirtschaftstheorie einzuführen. Andererseits wurde die Theorie der „*économie dominante*“ mehr als „*suggestive Reproduktion*“ der internationalen Wirtschaftslage denn als exakte Theorie gewertet<sup>13)</sup>. Als fruchtbar für eine politische Ökonomie internationaler Beziehungen erweisen sich vor allem die folgenden Gesichtspunkte: Konkurrenz in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist nach Perroux sowohl ein Kampf um den Tausch (*lutte pour l'échange*), ein Wettbewerb, der meist zwischen privaten Unternehmen ausgetragen wird, als auch ein Kampf um die Festlegung der Rahmenbedingungen und Spielregeln des Tauschs, ein Kampf, der sich im wesentlichen zwischen den Staaten abspielt<sup>14)</sup>. Diese suchen ihren Unternehmen günstige Handelsbedingungen auf dem Weltmarkt zu sichern. Historisch gesehen war es die Hegemonie einer „*économie dominante*“, welche die Stabilität eines Systems von Spielregeln garantierte.

Etwas schematisiert läßt sich die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft als eine Aufeinanderfolge von „*économies dominantes*“ interpretieren: „Während des 19. Jahrhunderts war Großbritannien die dominierende Wirtschaft in der Welt. Von den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts an war Deutschland die dominierende Wirtschaft gegenüber einigen Staaten des Kontinents und in bestimmten Sektoren. Im 20. Jahrhundert waren und sind die USA die international dominierende Wirtschaft.“<sup>15)</sup> So wie der Welthandel des

19. Jahrhunderts unter dem Vorzeichen der Pax Britannica stand, war es nach dem Zweiten Weltkrieg die Hegemonialmacht USA, die mit dem Währungssystem von Bretton Woods und dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) die Institutionen eines neuen liberalen Weltwirtschaftssystems schuf<sup>16)</sup>. Die Kontroversen um die Reform des internationalen Währungssystems und die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung sind Anzeichen dafür, daß die Strukturen des Systems Legitimität eingebüßt haben und die Spielregeln von wichtigen Akteuren folgenreich in Frage gestellt werden<sup>17)</sup>. Darin spiegeln sich zum einen der relative Niedergang der Vereinigten Staaten als Hegemonialmacht infolge des wirtschaftlichen Aufstiegs Japans und der Europäischen Gemeinschaft, zum andern die durch den Erfolg der OPEC beflügelten Emanzipationsbestrebungen der Dritten Welt.

Für eine Analyse des wirtschaftlichen Machtpotentials der Bundesrepublik besitzt das Konzept der „*économie dominante*“ nur einen gewissen heuristischen Wert. Obschon die Bundesrepublik die zweitgrößte Handelsnation der Welt darstellt, über die höchsten Währungsreserven verfügt und im internationalen Tourismus an der Spitze liegt<sup>18)</sup>, ist sie weit davon entfernt, eine dem Status der USA vergleichbare Position einzunehmen. Dies zeigt schon ein Blick auf die folgenden Zahlen: 1976 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA 1689 Mrd. US- $\text{\$}$ ; das der Bundesrepublik 451 Mrd. US- $\text{\$}$ . Unter den westlichen Industriestaaten lag damit die Bundesrepublik zwischen Japan mit 552,7 Mrd. und Frankreich mit 348,3 Mrd. US- $\text{\$}$ <sup>19)</sup>. Es liegt deshalb nahe, mit einer auf die Region Westeuropa bezogenen Version des Perroux-Konzepts zu arbeiten und die Bundesrepublik mit den übrigen großen EG-Ökonomien Frankreich, Italien und Großbritannien in bezug auf eine Reihe

<sup>16)</sup> Vgl. Gilpin, a. a. O., S. 48 ff.; S. D. Krasner, State Power and the Structure of International Trade, World Politics, Vol. XXVIII, Nr. 3 (April 1976), S. 317–347.

<sup>17)</sup> Vgl. auch R. Keohane/J. Nye, World Politics and the International Economic System, in: C. F. Bergsten (Hrsg.), The Future of the International Economic Order: An Agenda for Research, Lexington/Mass. 1973, S. 115–179, S. 116 ff.

<sup>18)</sup> Die Tourismus-Ausgaben betragen 1976: Bundesrepublik 8,9 Mrd. US- $\text{\$}$ ; USA: 6,8 Mrd. US- $\text{\$}$ ; Frankreich: 3,4 Mrd. US- $\text{\$}$ ; Großbritannien: ca. 2 Mrd. Nach Financial Times, 22. 7. 1977.

<sup>19)</sup> Nach OECD Observer May 1977 (in laufenden Preisen und Wechselkursen).

<sup>13)</sup> Vgl. ebd., S. 64 f.

<sup>14)</sup> Perroux, a. a. O., S. 90.

<sup>15)</sup> Perroux, The Domination Effect and Modern Economic Theory, in: K. W. Rothschild (Hrsg.), Power in economics, Harmondsworth 1971, S. 56–73, S. 67; vgl. R. Gilpin, U. S. Power and the Multinational Corporation. The Political Economy of Foreign Direct Investment, New York, London 1975, S. 40.

von Indikatoren zu vergleichen, die zur Messung des wirtschaftlichen Potentials bzw. relativer Dominanz geeignet erscheinen. Ferner gilt es, die Außenhandelsverflechtung der Bundesrepublik mit kleineren Partnerstaaten wie Dänemark, Österreich der Schweiz und den Beneluxländern zu betrachten. Neben dem Bruttosozialprodukt und Daten zu Volumen und Struktur des Außenhandels werden Direktinvestitionen, der Bestand an Währungsreserven und der Grad der Abhängigkeit von Energieimporten herangezogen. Ferner erscheint es sinnvoll, die internationale Konkurrenzposition einzelner Branchen in den verschiedenen Ländern zu berücksichtigen<sup>20)</sup>. Freilich muß man sich bei derartigen Vergleichen vor Augen halten, daß die wachsende Internationalisierung der Produktion, wie sie mit der

Ausbreitung multinationaler Konzerne stattfindet, den Vergleich „nationaler“ Potential bis zu einem gewissen Grade fragwürdig macht. Die von Knorr getroffene Unterscheidung zwischen „wirtschaftlicher Stärke“ und „wirtschaftlicher Macht“<sup>21)</sup> weist darauf hin daß wirtschaftliche Stärke nicht gleichbedeutend ist mit Hegemonialpolitik bzw. der politischen Nutzung wirtschaftlicher Dominanz. Von daher ist zu fragen, ob die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik eine „DM-Diplomatie“ begründet hat, d. h. inwieweit und mit welchem Erfolg sie in den Dienst politischer Strategien gestellt wird. Den Versuch einer Antwort soll die Analyse währungspolitischer Stützungsmaßnahmen zugunsten westeuropäischer Partnerstaaten geben.

### III. Wirtschaftliche Potenz in Zahlen

Der Grobindikator *Bruttoinlandsprodukt* erlaubt einen ungefähren Größenvergleich zwi-

schen den Volkswirtschaften der Europäischen Gemeinschaft:

	BR Deutsch- land	F	GB	I	NL	B	DK	IRL	L
BIP Mrd. US-\$	425	336	228	172	81	62	35	8	2
BIP pro Kopf in US-\$	6 860	6 360	4 070	3 080	5 950	6 350	7 010	2 480	6 140

Quelle: OECD Observer May 1977 (Angaben gerundet in laufenden Preisen f. 1975)

Unter den „großen Vier“ der Europäischen Gemeinschaft ist die Bundesrepublik das Land mit dem höchsten Anteil in der Industrie beschäftigter Arbeitskräfte (46 v. H. der aktiven Bevölkerung, gegenüber 44,1 v. H. in Italien, 40,9 v. H. in Großbritannien und 38,6 v. H. in Frankreich). Der hohe Industrialisierungsgrad der Bundesrepublik läßt sich auch am Energieverbrauch ablesen:

Bruttoinlandsverbrauch an Primärenergie in Mio. t SKE (1975)<sup>22)</sup>.

BR Deutsch- land	F	GB	I
345,3	234,9	289,4	181,9

<sup>20)</sup> Vgl. B. I. P. E., Comparaison des potentiels de développement de la République Fédérale d'Allemagne et la France, in: Schéma général d'aménagement de la France, Industries en Europe, Paris 1973, wo diese Methode verwendet wird.

<sup>21)</sup> Vgl. K. Knorr, The Power of Nations, New York 1975, S. 80.

Obwohl die Bundesrepublik den höchsten Verbrauch an Primärenergie aufweist, ist sie

<sup>22)</sup> Nach eurostat, Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft 1977, Tab. 49, S. 71.

nach Großbritannien das Land, das am wenigsten von Energieimporten abhängig ist. Der Abhängigkeitsgrad in der Energieversorgung beträgt für Großbritannien 43,2 v. H., für die

Bundesrepublik 55 v. H., für Frankreich 73,8 v. H. und für Italien 79,1 v. H.<sup>23)</sup>

Die Bedeutung des *Außenhandels* für die einzelnen EG-Länder zeigt folgende Übersicht:

	BR Deutsch- land	F	GB	I	NL	B+L	DK	IRL
Einfuhr in % d. BIP	17,9	16,0	23,3	22,3	43,4	48,4	29,2	48,5
Ausfuhr in % d. BIP	21,5	15,3	19,2	20,2	43,5	45,4	24,6	41,1

Quelle: eurostat 1977 Tab. 108 (S. 135)

Betrachtet man die hohe Außenhandelsabhängigkeit der kleineren EG-Länder zusammen mit der Bedeutung der Bundesrepublik als Absatzmarkt, so gewinnt man einen Eindruck von der Abhängigkeit dieser Länder vom westdeutschen Konjunkturverlauf. So nahm beispielsweise die Bundesrepublik im Jahr 1975 31 v. H. der niederländischen Ausfuhren ab und lieferte 25,2 v. H. der niederländischen Einfuhren; der Anteil der Niederlande am westdeutschen Export lag bei 10 v. H.; die Bezüge aus den Niederlanden betragen 14,7 v. H. der gesamten Einfuhren der Bundesrepublik. Für Dänemark lag der Anteil der Bundesrepublik an den Ausfuhren bei 13,3 v. H. (Einfuhren: 19,7 v. H.). Für die Bundesrepublik hingegen machten die Ausfuhren nach Dänemark nur 2,1 v. H. der Gesamtausfuhr, die Einfuhren 1,5 v. H. der Gesamteinfuhr aus. Ausgeprägt sind die Asymmetrien der außenwirtschaftlichen Verflechtung auch im Verhältnis zu Österreich: Während die Bundesrepublik 1975 21,8 v. H. der österreichischen Exporte aufnahm und 40 v. H. der österreichischen Einfuhren bestritt, entfielen auf den Handel mit Österreich nur 4,6 v. H. der deutschen Exporte und 2,1 v. H. der deutschen Importe. Verhältnismäßig ausgeglichene Relationen wies der Handel mit Frankreich auf: Einem Anteil der Bundesrepublik von 16,5 v. H. an den französischen Exporten und von 18,8 v. H. an den französischen Importen stand ein Anteil Frankreichs an den Ausfuhren der Bundesrepublik von 11,7 v. H. und von 12,6 v. H. bei den Einfuhren gegenüber.

Nach dem Maßstab der Handelsverflechtung erscheint die Bundesrepublik als „*économie dominante*“ am ehesten im Verhältnis zu den Beneluxstaaten und Österreich. Diese sind aber bei weitem nicht in dem Maße Satellitenwirtschaften wie z. B. Irland im Verhältnis zu Großbritannien, das 52,5 v. H. der irischen Exporte abnimmt. Ferner sollte berücksichtigt werden, daß etwa unter den Abnehmern Belgien-Luxemburgs Frankreich mit 17,8 v. H. der belgischen Ausfuhren und die Niederlande mit 17,1 v. H. nur mit relativ geringem Abstand hinter der Bundesrepublik rangieren.

Nimmt man den Internationalisierungsgrad der Produktion gemessen am Bestand der *Direktinvestitionen* im Ausland als Indikator der expansiven Dynamik einer kapitalistischen Ökonomie<sup>24)</sup>, so registriert man für die Bundesrepublik Deutschland einen beträchtlichen Rückstand: Mitte 1974 wurde der Bestand an Direktinvestitionen im Ausland auf 41,7 Mrd. DM geschätzt; damit lag die Bundesrepublik weit hinter den USA mit 257,4 Mrd. DM (1973) und Großbritannien mit 71,2 Mrd. DM (1973). Die französischen Direktinvestitionen wurden 1972 auf ca. 19 Mrd. DM, diejenigen der Schweiz auf 40,3 Mrd. DM geschätzt<sup>25)</sup>. Be-

<sup>24)</sup> Gilpin unterscheidet zwei Phasen der Auslandsinvestition: in der ersten Phase ist sie ein Zeichen der Stärke der Zentrumswirtschaft, in der zweiten Phase eine Antwort auf den relativen Niedergang der industriellen Führungsmacht. Für Großbritannien erfolgte der Übergang nach 1870; für die USA nach Mitte der sechziger Jahre, vgl. Gilpin, a. a. O., S. 46 f.

<sup>25)</sup> Nach H. Krägenau, Internationale Direktinvestitionen 1950—1973, Hamburg 1975, S. 32.

<sup>23)</sup> Ebd. Tab. 52, S. 74.

merkenswert ist freilich der Rhythmus, in dem die westdeutsche Industrie ihre internationalen Operationen ausgedehnt hat. Hatten die Auslandsinvestitionen 1965 bei 8,3 Mrd. DM gelegen, so stiegen sie auf 21,2 Mrd. DM 1970 an und verdoppelten sich bis 1975 auf 42 Mrd. DM<sup>26)</sup>. Nachdem die Bundesrepublik lange Zeit ein Nettoimporteur von Produktivkapital gewesen ist — 1975 betrug der Bestand an Auslandskapital in der Bundesrepublik 42,4 Mrd. DM —, hat sie inzwischen die Schwelle zum Nettokapitalexport überschritten. In den Jahren 1976 und 1977 beliefen sich die durch deutsche Direktinvestitionen im Ausland bedingten Kapitalabflüsse auf 6,2 Mrd. DM und 6,4 Mrd. DM, während die entsprechenden ausländischen Kapitalanlagen in der Bundesrepublik nur 3,9 Mrd. DM (1976) und 3,0 Mrd. DM (1977) ausmachten<sup>27)</sup>. Von den deutschen Direktinvestitionen entfallen knapp 70 v. H. auf Industrieländer; ca. 30 v. H. des deutschen Auslandskapitals sind in Entwicklungsländern angelegt (Stand: Ende 1976)<sup>28)</sup>. Betrachtet man die Branchenstruktur der Auslandsinvestitionen, stellt man fest, daß die Chemische Industrie mit einem Anteil von 19,5 v. H. in Führung liegt, gefolgt von der Elektrotechnischen Industrie mit 10,6 v. H., Eisen- und Stahl mit 7,9 v. H., der Automobilindustrie mit 7,2 v. H. und dem Maschinenbau mit 7,3 v. H.<sup>29)</sup>.

Trotz steigender Auslandsinvestitionen wird die Auslandsproduktion immer noch vom Warenexport weit in den Schatten gestellt. Für den Zeitraum 1971—1973 machte die Auslandsproduktion westdeutscher Unternehmen durchschnittlich 36 v. H. des Exportwerts aus; für die USA, Großbritannien und Japan lauten die entsprechenden Zahlen 380 v. H., 202 v. H. und 48 v. H.<sup>30)</sup>. In einer vor kurzem erschienenen Studie des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung heißt es hierzu: „Anders als zum Beispiel bei den USA und Großbritannien spielen somit die Exporte für die deutsche Industrie bei der Bedienung der Auslandsmärkte

noch eine größere Rolle. Durch das gegenüber den Exporten tendenziell schnellere Wachstum der Direktinvestitionen verändert sich allerdings die Struktur des Auslandsgeschäfts zunehmend zugunsten der Produktion im Ausland.“<sup>31)</sup>

In dem Maße wie die „europäischen Multinationalen“ international an Boden gewinnen, verliert das Problem der amerikanischen Dominanz an Aktualität. Die Expansion der westdeutschen multinationalen Konzerne hat bisher nicht zu einer Dominanzposition der Bundesrepublik in Westeuropa in bezug auf Direktinvestitionen geführt. 1973 beliefen sich die bundesrepublikanischen Investitionen in der EG der Neun auf 11,4 Mrd. DM; zur gleichen Zeit lagen die Kapitalbeteiligungen aus EG-Ländern in der Bundesrepublik bei 11 Mrd. DM. Die bilateralen Bilanzen mit den wichtigsten europäischen Anlegerländern sehen wie folgt aus:

	Investitionen der BR Deutschland	Anlagen in der BR Deutschland
	(Mrd. DM)	
Großbritannien	0,86	3,5
Belgien/Luxemburg	3,3	1,4
Frankreich	3,2	1,9
Niederlande	2,5	3,7
Schweiz	3,5	4,0

Quellen: Krägenau, a. a. O. (Anm. 25), S. 125; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 26. Jg. Nr. 11, Nov. 1974, S. 31.

In der Arena der *internationalen Finanz* vermag Frankfurt noch nicht mit der Londoner City zu rivalisieren: „Am Eurodollarmarkt nimmt London weiterhin eine beherrschende Stellung ein (Ende 1974 entfielen nach Angaben der BIZ 56,8 v. H. der Auslandsverbindlichkeiten der Banken in US-Dollar aus den acht berichtenden europäischen Ländern auf Großbritannien), während das Übergewicht Londons an den Euromärkten in anderen Währungen nicht so ausgeprägt ist (der entspre-

<sup>26)</sup> Diese Zahlen unterbewerten den Bestand an Direktinvestitionen um ca. 20 %, vgl. Krägenau, a. a. O., und Handelsblatt 14./15. 5. 1976.

<sup>27)</sup> Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 30. Jg., Nr. 2 (Februar 1978, S. 40 f.).

<sup>28)</sup> Nach Ifo-Schnelldienst 20/77.

<sup>29)</sup> Nach R. Jonas, Auswirkungen des weltwirtschaftlichen Strukturwandels auf die Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik, in: H. Heidermann (Hrsg.), Wirtschaftsstruktur und Beschäftigung, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 9—28, S. 23 f.

<sup>30)</sup> B. Mennis/K. P. Sauvart, Emerging Forms of Transnational Community, Lexington/Mass. 1976, S. 15.

<sup>31)</sup> R. Jungnickel u. a., Einfluß multinationaler Unternehmen auf Außenwirtschaft und Branchenstruktur der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1977, S. 27.



chende Anteil liegt hier bei lediglich 35,2 v. H.): Auf diesen Märkten nimmt Belgien-Luxemburg (vor allem auf Grund der starken Konzentration des Euro-DM-Marktes auf Luxemburg) mit 28 v. H. eine nahezu ebenbürtige Stellung ein.<sup>32)</sup> In den internationalen Bankgruppen wie EBIC, ORION, ABECOR und EUROPARTNERS kooperieren die beteiligten deutschen Banken mit italienischen, französischen und britischen Partnern, die sie — gemessen an der Bilanzsumme — nicht selten überflügeln<sup>33)</sup>.

„Währungsstärke“, so hat Otmar Emminger formuliert, „bedeutet im internationalen Zusammenhang in erster Linie eine gesunde Zahlungsbilanz, einen vertrauenerweckenden Wechselkurs, gut dotierte Währungsreserven“<sup>34)</sup>. Mit einem Bestand an Währungsreserven (Devisen, Gold, SZR, IWF-Position) im Gegenwert von 34,8 Mrd. US-Dollar lag die Bundesrepublik Ende 1976 international an der Spitze vor Saudiarabien (27 Mrd. US-\$) und den USA (18,3 Mrd. US-\$). Frankreichs Reserven beliefen sich zu diesem Zeitpunkt auf 9,7 Mrd. US-\$, diejenigen Italiens und Großbritanniens auf 6,7 bzw. 4,2 Mrd. US-\$<sup>35)</sup>. Welche währungspolitische Strategie diese Akkumulation von „Rheingold“ ermöglicht hat und für welche Zwecke dieser Hort eingesetzt wird, soll unten behandelt werden.

Es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, wollte man eine komparative Analyse der industriellen *Branchenstruktur* der wichtigsten westeuropäischen Industriestaaten, ein umfassendes Tableau ihrer Stärken und Schwächen vorlegen<sup>36)</sup>. Im folgenden werden deshalb nur Basisdaten für einige wichtige Industriezweige präsentiert.

Eine internationale Spitzenposition hat die Bundesrepublik im *Maschinenbau* inne, der 1974 mit einem Umsatz von ca. 82 Mrd. DM und einer Beschäftigtenzahl von 1,15 Mio. (d. h. 10,9 v. H. des gesamten Industrieumsatzes und 14,5 v. H. aller in der Industrie Beschäftigten) den größten deutschen Industrie-

zweig bildete. 1974 betrug der Anteil der Bundesrepublik an der gesamten Maschinenausfuhr der westlichen Welt mit 46,2 Mrd. DM 26,2 v. H.; die Anteile der USA und Großbritanniens betragen 23,7 bzw. 9,1 v. H.<sup>37)</sup>. Diese starke Stellung des westdeutschen Maschinenbaus auf dem Weltmarkt ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil der Maschinenbau als Lieferant von Investitionsgütern, Großanlagen und Spitzentechnologien eine strategische Funktion im Prozeß der industriellen Entwicklung hat. Dies läßt sich nicht zuletzt am hohen Anteil der Maschinenbauerzeugnisse am Export der Bundesrepublik in die sozialistischen Länder Osteuropas ablesen, für die der Import westlicher Industrieanlagen und Technologien eine Schlüsselfunktion bei der industriellen Modernisierung besitzt. So machten Maschinenexporte im Jahr 1974 35 v. H. der Ausfuhr der Bundesrepublik in die Sowjetunion aus und jeweils 29 v. H. der Ausfuhren nach Polen und in die Tschechoslowakei<sup>38)</sup>. Auch die ehrgeizigen Entwicklungsprogramme der OPEC-Länder bewirken einen verstärkten Bedarf westdeutscher Investitionsgüter.

In der Rohstahlerzeugung lag die Bundesrepublik 1976 mit 42,4 Mio. t in der Weltrangliste an 4. Stelle hinter der UdSSR (147 Mio. t), den USA (116,3 Mio. t) und Japan (107,3 Mio. t), gefolgt von Italien (23,3 Mio. t) und Frankreich (23,2 Mio. t). In der seit Ende 1974 andauernden Krise der europäischen Stahlindu-

	Umsatz 1973 in Mio. US-\$	Wertschöpfung 1973, Mio. US-\$	Investitionen 1973, Mio. US-\$	Anteil in v. H. Welt- chemie- Export
BR Deutsch- land	24 105 <sup>1)</sup>	13 860	1 754	19,8
F	14 550	5 595	8 96 <sup>2)</sup>	8,2
GB	14 630	6 570	699 <sup>2)</sup>	7,3
I	9 525	4 765	1 167	3,9

<sup>1)</sup> ohne Mehrwertsteuer, <sup>2)</sup> ohne Chemiefasern.

Quellen: GRESI, a. a. O. (Anm. 36), S. 171; Verband der chemischen Industrie, *Chemiewirtschaft in Zahlen 1975*, S. 101.

<sup>32)</sup> G. Junne, *Der Eurogeldmarkt*, Frankfurt 1976, S. 74.

<sup>33)</sup> Vgl. die Übersicht ebd. S. 57.

<sup>34)</sup> Emminger, a. a. O., S. 509.

<sup>35)</sup> Bundesbank, *Geschäftsbericht 1976*, S. 68.

<sup>36)</sup> Vgl. hierzu B. I. P. E., a. a. O., sowie *Groupe de Réflexion sur les Stratégies Industrielles (GRESI) du Ministère de l'Industrie et de la Recherche, La Division Internationale du Travail*, 2 Bde., Paris 1976.

<sup>37)</sup> *Statistisches Handbuch für den Maschinenbau 1975*, hrsg. v. Verein Deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA), Frankfurt 1975, S. 42, S. 285.

<sup>38)</sup> Ebd. S. 88 f.

strie haben sich die westdeutschen Unternehmen ebenso wie diejenigen der Niederlande und Luxemburgs als relativ widerstandsfähig erwiesen. Am stärksten von Strukturschwächen gezeichnet ist die französische Stahlindustrie: 1976 war die Verschuldungsrate der französischen Stahlindustrie doppelt so hoch wie die der britischen und sechsmal so hoch wie die der deutschen. Die Produktion einer Tonne Rohstahl erforderte 10,8 Std. in Frankreich, 7,7 Std. in der Bundesrepublik und 6,46 Std. in Luxemburg (1974)<sup>39)</sup>.

Ein grobes Profil der *Chemieindustrie* in den „großen Vier“ der Europäischen Gemeinschaft liefert die vorstehende Tabelle.

In der europäischen *Luftfahrtindustrie* nimmt Frankreich eine Spitzenstellung ein. Bei einem Umsatz von 19,8 Mrd. FF machten die Exporte 1976 10,4 Mrd. FF aus. Hinsichtlich der Beschäftigtenzahl wird Frankreich von Großbritannien allerdings weit übertroffen: Während die französische Luftfahrtindustrie 108 000 Beschäftigte zählt, erwirtschafteten die 206 000 Beschäftigten der britischen 1975 einen Umsatz von 1,2 Mrd. Pfund Sterling, von denen 801 Mio. in den Export gingen. Mit ca. 52 000 Beschäftigten erwirtschaftete die westdeutsche Luftfahrtindustrie 1975 einen Umsatz von 5 Mrd. DM; der Exportanteil betrug ca. 20 v. H. Die internationale Dominanz der USA in dieser Branche ist indessen nahezu erdrückend, insbesondere im Bereich der zivilen Produktion: nahezu 95 v. H. der internationalen Luftflotte (ohne Ostblock) sind Flugzeuge amerikanischer Herkunft<sup>40)</sup>.

Die Liste der bisher herangezogenen Indikatoren könnte um solche Kriterien verlängert werden, wie sie in einem Vergleich der Entwicklungspotentiale Frankreichs und der Bundesrepublik<sup>41)</sup> benutzt wurden: Dabei wurden neben Industriestruktur, Investitionsraten und Exportdynamik u. a. auch die Altersstruktur der Bevölkerung, die Ausgewogenheit der Regionalstruktur, das Verhältnis von individuellem und kollektivem Konsum, die Macht des Staates und der Grad sozialer Integration berücksichtigt. Bei einem derartigen Vorgehen vervielfachen sich freilich die Methoden- und Bewertungsprobleme. Auch hinsichtlich der

<sup>39)</sup> Angaben nach Le Monde 19. 4. 1977, Financial Times 2. 8. 1977.

<sup>40)</sup> Le Monde 11. 5. 1977.

<sup>41)</sup> Die Angaben beruhen auf OECD-Definitionen und können von nationalen Statistiken abweichen.

bisher verwendeten Indikatoren bleiben Gewichtungs- und Bewertungsfragen offen.

Uns erscheint noch der Versuch lohnend, einige Indikatoren zu berücksichtigen, welche die Leistung einer Wirtschaft „unter Streß“ messen bzw. die krisenhafte Entwicklung verschiedener Volkswirtschaften unter dem Einfluß von Währungskrisen, Ölpreisschock, Verteilungskämpfen und internationaler Rezession spiegeln. Dabei sollte man sich vergegenwärtigen, daß Arbeitslosenquoten, Inflationsraten und Wechselkursschwankungen auch Reflex der Prioritäten und des Geschicks wirtschaftspolitischen Krisenmanagements, des Charakters der Arbeitsbeziehungen sowie des Grades an gesellschaftspolitischem Konsens sind. Den *Arbeitslosenquoten* in den vier großen EG-Ländern werden zum Vergleich die Daten für Schweden gegenübergestellt:

	Durchschnitt 1962 bis 1973	1974	1975	1976	1977 1. Quartal
BR Deutschland	0,6	1,5	3,6	3,5	3,9
F	2,2	2,7	4,1	4,0	3,9
GB	3,1	2,9	4,4	6,0	6,0
I	3,5	3,1	3,6	3,9	4,1
S	2,1	2,0	1,6	1,6	1,7

Quelle<sup>41)</sup>: OECD Observer July 1977, S. 21.

Während Länder wie Italien und Großbritannien in den letzten Jahren zeitweise Inflationsraten von mehr als 20 v. H. zu verzeichnen hatten, wird die Bundesrepublik hinsichtlich der Preisstabilität in Europa nur von der Schweiz übertroffen. Wegen der größeren Geldwertstabilität in der Bundesrepublik hat sich der Außenwert der DM gegenüber den meisten Währungen der Welt laufend erhöht. Setzt man den Wert der D-Mark für Ende 1972 gleich 100, so hatte er sich gegenüber den anderen Währungen bis zum 1. April 1977 wie folgt verändert<sup>42)</sup>:

<sup>42)</sup> Vgl. E. Wagenhöfer, Unsere internationalen Währungsbeziehungen, Bundesministerium der Finanzen, Bonn 1977, S. 13.

US-Dollar	+ 34,9
Belgischer Franc	+ 10,1
Holländischer Gulden	+ 3,6
Dänische Krone	+ 12,9
Französischer Franc	+ 31,0
Italienische Lira	+105,7
Pfund Sterling	+ 84,0
Schweizer Franken	- 10,8
Spanische Peseta	+ 43,6
Yen	+ 20,7

Im Geschäftsbericht der Bundesbank für das Jahr 1976 heißt es hierzu:

„Die Polarisierung in der Entwicklung des Außenwerts wichtiger Währungen, die mit dem allgemeinen Übergang zu beweglicheren Wechselkursen begonnen hatte, setzte sich 1976 verstärkt fort. Einer klar umrissenen Gruppe von währungsstarken Ländern — dazu gehören die Schweiz, die Bundesrepublik, die Niederlande und die Vereinigten Staaten — stand eine Anzahl von Ländern gegenüber, deren Währungen einer fast ständigen, von gelegentlichen Übersteigerungen nicht freien Erosion ausgesetzt waren. Insbesondere das Pfund Sterling und die italienische Lira haben starke Kurseinbußen erfahren... Die hohen Inflationsraten in diesen Ländern... machten die skeptische Einschätzung der Märkte gegenüber Pfund und Lira verständlich...“<sup>43)</sup>

Die währungsschwachen Länder weisen auch erhebliche Defizite in der Leistungsbilanz<sup>44)</sup> auf, die vor allem durch die von den OPEC-Ländern durchgesetzten Ölpreiserhöhungen bedingt sind. Bezeichnend für die starke außenwirtschaftliche Position der Bundesrepublik ist die Tatsache, daß nach einem zunächst steilen Anstieg des Leistungsbilanzdefizits gegenüber den OPEC-Ländern die Leistungsbilanz gegenüber dieser Ländergruppe schon 1975 nahezu ausgeglichen war. Während im Jahr 1974 das Leistungsbilanzdefizit um 8,5 Mrd. DM auf fast 11 Mrd. DM empor-

schnellte, sank es infolge des Exportbooms im Handel mit den OPEC-Ländern 1975 auf 0,3 Mrd. DM. 1977 zeigte die Handelsbilanz gegenüber den OPEC-Ländern sogar erstmals einen Überschuß (1,4 Mrd. DM)<sup>45)</sup>.

Die währungsschwachen Länder haben freilich, wie John Pinder hervorgehoben hat, in bezug auf das Wirtschaftswachstum bessere Leistungen aufzuweisen als die sogenannten starken Länder. So stieg zwischen 1964 und 1974 der Output pro Beschäftigtem um jährlich 4,8 v. H. in Italien, um 4,5 v. H. in Frankreich und um 4,2 v. H. in der Bundesrepublik. Selbst das „stagnierende“ Großbritannien stand mit einer Wachstumsrate von 2,4 v. H. besser da als die USA mit 1,6 v. H. Die grundlegende Schwäche der Defizitländer mit hoher Inflationsrate wurzelt Pinder zufolge in der „Unfähigkeit von Politik und Gesellschaft, sich mit der Macht der organisierten Arbeiterschaft zu arrangieren“<sup>46)</sup>. Dies sei ein struktureller Defekt, der nicht so schnell beseitigt werden könne. Zweifellos können sich Frankreich oder Italien auf die Dauer keine Inflationsrate von 20 v. H. leisten, wenn sie in der Bundesrepublik bei 4 v. H. liegt, denn bei der gegebenen intensiven wirtschaftlichen Verflechtung geht von der deutschen Stabilitätspolitik ein gewisser Anpassungszwang auf die Konjunkturpolitik der Partnerländer aus<sup>47)</sup>, und wäre es nur, weil diese um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit oder Kreditwürdigkeit fürchten müssen. Dies bedeutet aber letztlich nichts anderes, als daß die Stabilitätspolitik und die Gewerkschaftsdisziplin des „starken“ Landes den gesellschaftspolitischen Manövrierspielraum des „schwachen“ Landes eingrenzen. Dieser Dominanz-Effekt wirkt, wenn man so will, ganz unabhängig von Mahnungen deutscher Politiker an die Adresse der Partnerländer. Dieser Sachverhalt ist es nicht zuletzt, der nach einer Erklärung der „Währungsstärke“ und der außenwirtschaftlichen Leistungskraft der westdeutschen Wirtschaft verlangt.

<sup>43)</sup> Nach Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1977, Februar 1978, S. 39.

<sup>44)</sup> J. Pinder, *The Reform of International Economic Policy: Weak and Strong Countries*, *International Affairs*, Vol. 53, No. 3 (Juli 1977), S. 345—363, S. 346 ff.

<sup>47)</sup> So Ulrich Everling in einem Diskussionsbeitrag in: *Strukturprobleme der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen*, Ludwigsburg 1976, S. 27.

## IV. Expansion und Stabilität: Zur außenwirtschaftlichen Strategie der Bundesrepublik Deutschland

Wer den Schlüssel zur Erfolgsgeschichte des „Modell Deutschland“ sucht, findet ihn vermutlich am ehesten in der Strategie des exportorientierten Wachstums, die lange Zeit Vollbeschäftigung sicherte und wachsende Real-löhne garantierte. Wirtschaftliches Wachstum verbürgte politische und soziale Stabilität, und diese Stabilität wiederum wurde zu einem wichtigen Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Industrie auf den Weltmärkten. Die Dynamik der Exportexpansion läßt sich an der Tatsache ablesen, daß der Exportanteil am Bruttosozialprodukt von 8,5 v. H. im Jahre 1950 auf 25,2 v. H. im Jahr 1974 anstieg. 1975 war jeder fünfte Arbeitsplatz vom Export abhängig. 1977 erzielte die Bundesrepublik bei Ausfuhren in Höhe von 273,5 Mrd. DM und Einfuhren in Höhe von 235,1 Mrd. DM einen Außenhandelsüberschuß von 38,4 Mrd. DM. Die Dynamik der Außenhandelsexpansion hat ihren Niederschlag in einer hochgradigen Exportabhängigkeit zahlreicher Industriezweige gefunden: Im Jahr 1975 betrug die direkte und indirekte<sup>48)</sup> Exportabhängigkeit der Investitionsgüterbranchen zusammengenommen 47,4 v. H. Die entsprechenden Zahlen für den Maschinenbau, die Automobilindustrie und die Chemische Industrie lauten 56 v. H., 52 v. H. und 48,5 v. H. Zur gleichen Zeit betrug der Anteil des Exports am Gesamtumsatz 39 v. H. bei Daimler-Benz, 32 v. H. bei Hoechst und 50 v. H. bei Mannesmann. Von den gesamten deutschen Ausfuhren gingen 1977 70,7 v. H. in die westlichen Industrieländer, 6,1 v. H. in die Staatshandelsländer und 9,1 v. H. in die OPEC-Staaten. Auf die Entwicklungsländer (ohne OPEC) entfielen 13,8 v. H. der Exporte<sup>49)</sup>.

Exportorientiertes Wachstum entsprach zum einen der Logik der Industriestruktur, zum anderen war es Produkt bewußter Politik. Die Teilung Deutschlands hatte die traditionelle Konzentration auf Grundstoff- und Produktionsgüterbranchen noch verstärkt. Damit war die westdeutsche Wirtschaft in nahezu idealer Weise an die Weltnachfrage der Nachkriegs-

ära angepaßt. Der westdeutsche Export florierte unter den Auspizien der Pax Americana, die eine bis dahin nicht gekannte Intensivierung des Welthandels hervorbrachte. Der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie kam das reichliche Arbeitskräfteangebot, das zuerst die Flüchtlinge und später die Gastarbeiter bildeten, zugute, ebenso die lohnpolitische Disziplin der Gewerkschaften, die bis gegen Ende der sechziger Jahre anhielt. Die Dividenden des Wachstums dämpften den „Klassenkonflikt“. „Einkommenspolitik von unten“ (Kindleberger) und eine entschiedene Stabilitäts- bzw. Deflationspolitik sorgten für niedrige Inflationsraten und eine Zügelung der Binnennachfrage mit dem Erfolg, daß der Drang in die Exportmärkte doppelt angeregt wurde. Preisstabilität im Innern und Wettbewerbsfähigkeit nach außen bildeten die Eckpfeiler der Geld- und Währungspolitik. Vollbeschäftigung wurde — wie die Rezession von 1966/67 demonstrierte — der Preisstabilität untergeordnet. Trotz steigender Exportüberschüsse seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre — verursacht durch eine nahezu chronische Unterbewertung der DM — war die Parität tabu, und Wechselkursänderungen wurden nur als „ultima ratio“ praktiziert, wenn die importierte Inflation das Ziel der Preisstabilität gefährdete. Die Anpassung der Zahlungsbilanzen wurde zur Sache der Defizitländer erklärt, welche vom Pfad der Währungsdisziplin abgewichen waren. Im Zielkonflikt zwischen Preisstabilität und Exportchancen vermochte der Exportsektor (Industrie und Geschäftsbanken) erfolgreich notwendige Aufwertungen zu verzögern, wie der Verlauf der Aufwertungsdebatten 1961 und 1968/69 zeigt<sup>50)</sup>.

Eine aktive Außenwirtschaftspolitik war kontinuierlich darauf gerichtet, Exportmärkte für die westdeutsche Industrie zu erschließen und auszuweiten. Sie wurde von einer „Export-Mystik“ (Wadbrook) getragen, die von keiner Gruppe ernsthaft in Frage gestellt wurde. Politiker, Unternehmer und Gewerkschaftsführer ließen sich von dem Grundsatz

<sup>48)</sup> Die direkte Exportabhängigkeit bezieht sich auf die Produktion für den Export, während die indirekte Exportabhängigkeit die durch den Export induzierte Vorleistungsproduktion erfaßt.

<sup>49)</sup> Angaben nach DIW-Wochenbericht 22/76; Le Monde 9. 12. 1976; Bundesbank, Monatsberichte, Februar 1978, S. 39.

<sup>50)</sup> Siehe hierzu Michael Kreile, West Germany: the dynamics of expansion, in: P. Katzenstein (Hrsg.), Between power and plenty: foreign economic policies of advanced industrial states, International Organization, Vol. 31, No. 4 (Autumn 1977), S. 775—808, S. 797 ff.

leiten, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik erhalten und gestärkt werden müsse<sup>51</sup>). Das strukturelle Schwergewicht des Exportsektors hat sich wirkungsvoll in politischen Einfluß umgesetzt<sup>52</sup>). Die Achse des außenwirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesses bildet eine enge Kooperationsbeziehung zwischen der Ministerialbürokratie und den Verbänden der Industrie, des Handels und der Banken, die weitgehend abgeschirmt von einer breiteren Öffentlichkeit ist. Parteien und Parlament sind an der Peripherie des Entscheidungsprozesses angesiedelt. Die Gewerkschaften gehörten mit zu der „großen Koalition“, welche die außenwirtschaftliche Expansion trug, doch haben sie in der Außenwirtschaftspolitik bisher kaum mehr als eine Statisten-Rolle gespielt<sup>53</sup>).

Die Rezession von 1975, die zu einem Rückgang des realen BSP um 3,4 v. H. führte und die höchste Arbeitslosenquote seit 1955 — 4,7 v. H. — mit sich brachte, erhellte schlagartig die Verwundbarkeit der westdeutschen Wirtschaft. Sie hat der Frage eine gewisse Aktualität verliehen, ob nicht für die Bundesrepublik die Grenzen des exportorientierten Wachstums erreicht sind. Schon der Zerfall des Bretton-Woods-Systems und der arabische Ölboycott hatten das Ende einer „belle époque“ signalisiert. Der Wegfall künstlicher Wettbewerbsvorteile, die der Unterbewertung der DM entsprangen, und Wandlungstendenzen in der internationalen Arbeitsteilung wie die exportorientierte Industrialisierung einiger Entwicklungsländer treiben einen Strukturwandel voran, dessen krisenhafte Ausprägungen zum Teil Spätfolgen der Strategie der Exportexpansion sind. Freilich hat bisher die Aufwertung der DM zu keinen ins Gewicht fallenden Exporteinbußen geführt, wie der Aufschwung der Exporte in den Jahren 1976 und 1977 zeigt. Im Bundeswirtschaftsministerium gilt auch für die Zukunft ein Exportanteil in der Größenordnung von 25 v. H. des Bruttosozialprodukts als erwünscht. Gleichzeitig werden Direktinvestitionen als Faktor des Strukturwandels und als Beitrag zur Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung gefördert. Sollten die

zunehmenden Auslandsinvestitionen zu Arbeitsplatzverlusten größeren Umfangs im Inland führen oder als Ursache dafür interpretiert werden, so könnte dies eine „export of jobs“-Kontroverse heraufbeschwören, wie sie in den letzten Jahren in den USA stattgefunden hat. Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit bei verteilungspolitischem Status quo könnte die Gewerkschaften zu mehr Militanz veranlassen und den Zusammenhang von Stabilität und Expansion zerbrechen.

Bundesregierung und Bundesbank suchen die Kontinuität der außenwirtschaftlichen Strategie zu retten, die der Bundesrepublik ihre Exporterfolge beschert hat, wenn sie heute für die Erhaltung eines liberalen Welthandelssystems kämpfen und mit den Instrumenten der Währungsdiplomatie die Inflation im Weltmaßstab einzudämmen trachten. Das Plädoyer für Stabilitätspolitik wird mit fast missionarischen Akzenten vorgetragen: „In dem weltweiten Kampf gegen die Geißel der Inflation ist die deutsche Währungsstabilität eine Stütze für die Stabilität des internationalen Währungssystems.“<sup>54</sup>) Den an die Adresse der Bundesrepublik gerichteten Forderungen nach Reflation wird das Stabilitätsziel als kategorischer Imperativ entgegeng gehalten:

„Die währungsstarken Länder können die Expansion der internen Nachfrage freilich nur soweit zulassen, wie es mit einer erfolgreichen Stabilitätspolitik noch vereinbar ist. Darüber hinaus liegt ihr wesentlicher und stabilitätspolitisch auch nützlicher Beitrag zur Unterstützung der Defizitländer hauptsächlich darin, daß sie einer eventuellen Höherbewertung ihrer Währungen auf den Devisenmärkten keinen Widerstand entgegensetzen.“<sup>55</sup>)

Otmar Emmingers Bemerkung, es gelte „den Eindruck zu vermeiden, als ob ‚am deutschen Wesen die Welt genesen‘ solle“<sup>56</sup>), hat durchaus eine selbstkritische Pointe. Das Schicksal der europäischen Währungsschlange demonstriert die Grenzen eines stabilitätsorientierten internationalen Krisenmanagements. Ursprünglich als Stabilitätsblock in einem System driftender Währungen, als wichtige Etappe auf dem Weg zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion konzipiert, ist sie mit dem Ausscheiden des assoziierten Schweden weiter geschrumpft und stellt heute im wesentlichen eine DM-Zone dar (Mitglie-

<sup>51</sup>) Vgl. W. P. Wadbrook, *West German Balance-of-Payments Policy*, New York 1972, S. 63.

<sup>52</sup>) Für den Bereich der Osthandelspolitik wird dies näher untersucht in: Michael Kreile, *Osthandel und Ostpolitik*, Baden-Baden 1978 (i. E.).

<sup>53</sup>) Vgl. P. Katzenstein, *Conclusion*, in: ders. (Hrsg.), a. a. O., S. 879—920, S. 919. Dies trifft auch für eine Reihe anderer Industrieländer zu.

<sup>54</sup>) Emminger, a. a. O., S. 511.

<sup>55</sup>) Bundesbank, *Geschäftsbericht 1976*, S. 59.

<sup>56</sup>) Emminger, a. a. O., S. 511.

der: Benelux-Länder, Dänemark; assoziiert: Norwegen). Die Mini-Schlange bildet somit das währungspolitische Pendant zu der besonders engen Außenhandelsverflechtung der üb-

rigen Mitgliedsländer mit der Bundesrepublik. Diese vermag darüber mehr als 25 v. H. ihres Außenhandels zu festen Wechselkursen abzuwickeln<sup>57)</sup>.

## V. Handel durch Hilfe oder Krösus als Zensor

Das Volumen ihrer Währungsreserven prädestiniert die Bundesrepublik zum Financier von Zahlungsbilanzhilfen an Defizitländer. Deviskredite zur Überbrückung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten können bilateral, über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und den Internationalen Währungsfonds (IWF) gewährt werden. Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft gibt es neben dem gemeinschaftlichen Interventionssystem der EG-Währungsschlange drei weitere Beistandsmechanismen: den kurzfristigen und den mittelfristigen Währungsbeistand sowie die Gemeinschaftsanleihen. Während der kurzfristige Beistand ohne wirtschaftspolitische Auflagen gewährt wird, ist der mittelfristige Beistand mit Auflagen verbunden, deren Einhaltung vom EG-Währungsausschuß und der EG-Kommission überwacht wird. Ebenfalls an wirtschaftspolitische Auflagen gebunden ist die Inanspruchnahme von Mitteln aus Gemeinschaftsanleihen, bei denen die Mitgliedstaaten im Verhältnis ihrer Quoten im kurzfristigen Währungsbeistand haften<sup>58)</sup>.

Wenn sich die Bundesrepublik an Stützungsmaßnahmen im Rahmen der genannten Mechanismen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt oder über die Bundesbank bilaterale Hilfe gewährt, so geschieht dies in erster

Linie in der Absicht, wichtige Handelspartner zu „stabilisieren“, ein internationales „Milieu“ zu erhalten, das der Bundesrepublik Exportchancen sichert. Importbeschränkungen, zu denen zahlungsschwache Länder greifen könnten, um ihre Handelsbilanz zu verbessern, liegen nicht im deutschen Interesse. Zugleich dienen Zahlungsbilanzhilfen als Ersatz für Maßnahmen zur Konjunkturbelebung, die aus binnenwirtschaftlichen Gründen als unerwünscht gelten. Gelegentlich werden Stützungskredite auch von politisch-strategischen Interessen diktiert — so zum Beispiel im Falle Portugals: Mit der Förderung eines „Tochterunternehmens“ der SPD suchte die Bundesrepublik ein Gegengewicht gegen die portugiesische KP zu stärken und damit den Verbleib Portugals in der NATO zu sichern. Auch im Falle Italiens spielte offensichtlich das anti-kommunistische Kalkül eine Rolle. Als Helmut Schmidt nach dem Puerto-Rico-Gipfel ein Junktim zwischen weiterer Kredithilfe für Italien und dem Ausschluß der KPI aus der Regierungsverantwortung verkündete, mag es ihm freilich mehr um den Ankündigungseffekt als um die Realisierung der Drohung gegangen sein.

Wie in einem Schuldnerland die Problematik der „Konditionierung“ von außen gesehen wird, die sich mit dem Stabilitätsgefälle und der „Zahlungsbilanzfessel“ verbindet<sup>59)</sup>, kann an zwei italienischen Beispielen gezeigt werden. Als Ende März 1977 die Verhandlungen um einen IWF-Kredit in ihre Endphase gelangten, waren es vor allem die Begleitumstände, unter denen die wirtschaftspolitischen Auflagen des Währungsfonds ausgehandelt wurden, welche von einem Teil der italienischen Öffentlichkeit als demütigend empfunden wurden. Regierung und Gewerkschaften rangen zäh um die vom Fonds verlangte Dämpfung der Lohnkosten, konkret: um Modifikationen der Berechnung der „scala mobile“, ein Indexie-

<sup>57)</sup> Nach Scharrer beruht das Interesse der kleineren Länder an der Stabilitätszone auch darauf, „daß sie angesichts eines Exportanteils am Brutto-sozialprodukt von bis zu 50 v. H. (Belgien) bei einem Übergang zum isolierten Floating ohnehin keinen zusätzlichen Freiheitsgrad für die Binnenwirtschaftspolitik realisieren könnten. Ihre Zugehörigkeit zur Minischlange sichert ihnen hingegen, direkt oder indirekt, einen gewissen Einfluß auf die geldpolitischen Entscheidungen der Bundesbank...“ Vgl. H. E. Scharrer, Währungspolitische Perspektiven für die Bundesrepublik Deutschland in der Post-Bretton-Woods-Ära, WSI-Mitteilungen Nr. 5/1976, S. 298—306, S. 304.

<sup>58)</sup> Vgl. E. Wagenhöfer, a. a. O., S. 70: „Im Falle von Zahlungsschwierigkeiten eines EG-Landes beträgt die Haftung der übrigen Staaten höchstens das Doppelte ihres Quotenanteils. Konkret bedeutet dies zum Beispiel, daß die Bundesrepublik Deutschland bis zu höchstens 44,04 % der Verpflichtungen der Gemeinschaft aus der Kreditaufnahme haftet.“

<sup>59)</sup> Aufschlußreich hierzu: Crisi economica e condizionamenti internazionali dell'Italia. Atti del Convegno promosso dal CESPE Roma 15.17 marzo 1976, Rom 1977, 2 Bde.

rungsmechanismus zum Schutz der Reallöhne gegen die Inflation. Eine Einigung mit dem Fonds galt als Voraussetzung für weitere Kredite seitens der EG. Nachdem der Finanzminister nach Washington entsandt worden war, um für Korrekturen der ausgehandelten „Letter of Intent“, welche die Gewerkschaften verlangten, das Plazet des IWF-Direktoriums einzuholen, saß das Kabinett nachts im Palazzo Chigi versammelt und wartete auf das entscheidende Telefonat aus Washington. Wenige Tage später äußerte sich ein führender SPD-Politiker in einer Diskussion mit italienischen Journalisten lobend über die bewährte Praxis des IWF. Unausgesprochen blieb dabei das Argument, wenn der IWF Auflagen erteile, dann brauche die Bundesrepublik dies nicht zu tun. Nach den Worten von Staatssekretär Hermes betrachtet die Bundesregierung den IWF „als die zur Zeit geeignetste und wirksamste internationale Institution zur Bewältigung der kritischen Probleme der Weltwirtschaft“<sup>60</sup>). Diese Einschätzung erklärt sich sicherlich auch aus der Entlastungsfunktion, die der IWF für die Bundesrepublik erfüllt, indem er ihr zusätzliche Imageprobleme im Verhältnis zu ihren Partnern erspart und sie davon befreit, selbst als wirtschaftspolitischer Zensor auftreten zu müssen.

Im Zusammenhang mit der Forderung der italienischen Gewerkschaften nach dem „salario europeo“, d. h. der Angleichung des italienischen Lohnniveaus an das der höher entwickelten europäischen Staaten, verdienen die Ausführungen des italienischen Ökonomen Luigi Spaventa zum Verhältnis der nationalen Arbeiterbewegungen in Europa Beachtung. Italienische Gewerkschaftler müßten — so Spaventa — immer „salti mortali“ vollbringen, um nachzuweisen, daß die Arbeitskosten in Italien nicht stärker oder sogar weniger stark gestiegen seien als in anderen europäischen Ländern. Für Sozialisten stelle sich das Problem, wie zu vermeiden sei, daß die europäische Integration zum Transmissionsmittel für die rückständigsten Bedingungen werde, in denen sich die Arbeiterbewegung befinde. Übertragen werde nämlich nicht der fortgeschrittenste Stand, den die Arbeiterbewegung in einem Land erreicht habe, sondern der am weitesten zurückgebliebene (la condizione più arretrata), da dieser sich als Parameter über das Ve-

hikel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Fessel der Zahlungsbilanz durchsetze. Deshalb müsse man sich dem Problem der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaften stellen<sup>61</sup>). So kurzzeitig es sein mag, die für die Masse der westdeutschen Arbeitnehmer spürbaren Erfolge kooperativer Gewerkschaftspolitik als rückständig einzustufen, so bleibt nichtsdestoweniger der Sachverhalt bestehen, daß ein Konfliktgefälle in den Arbeitsbeziehungen ökonomische Konsequenzen hat, die als Dominanzeffekte interpretiert werden können. Aus dieser Optik wird dann auch die Mahnung Bino Olivis an die Adresse der KPI verständlich, den wahren „historischen Kompromiß“ hätten die italienischen Kommunisten nicht mit der Democrazia Cristiana, sondern mit der deutschen Sozialdemokratie zu schließen<sup>62</sup>).

Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft spielt die Bundesrepublik nicht nur eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung verschiedener Formen des Währungsbestands, sondern sie kommt bekanntlich auch für einen bedeutenden Anteil des EG-Haushalts auf (1976: nominal 27,5 v. H.; real 36 v. H.). 1976 finanzierte sie mit ca. 3,3 Mrd. DM mehr als vier Fünftel des gesamten Nettotransfers zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft.

Von daher stellt sich die Frage, ob die Bundesrepublik aus diesen beiden Funktionen eine Dominanzposition im EG-internen Entscheidungsprozeß bezieht. Mit anderen Worten: Ist es der Bundesrepublik gelungen, kraft ihrer Wirtschafts- und Währungsstärke ihre Zielvorstellungen und Interessen im Bereich der Europapolitik durchzusetzen? Läßt man eine Reihe von Entscheidungen der letzten Jahre Revue passieren, so drängt sich der Eindruck auf, daß dies allenfalls in geringem Maße der Fall gewesen sein kann. Die von der Bundesrepublik besonders befürwortete Direktwahl zum Europäischen Parlament ist zwar nach langwierigen Diskussionen schließlich beschlossen worden, doch drohen die inzwischen eingetretenen Verzögerungen dieser Maßnahme ihren letzten integrationspolitischen Elan zu nehmen. Ihrem europapolitischen Fernziel, dem institutionellen

<sup>61</sup>) Vgl. L. Spaventa, Rapporto introduttivo, in: ARA (Azione e Ricerca per l'Alternativa): Quale Socialismo? Quale Europa? Milano 1977, S. 40—50, S. 42 f.

<sup>62</sup>) Vgl. den Diskussionsbeitrag v. B. Olivi, ebd. S. 61 ff.

<sup>60</sup>) P. Hermes, Deutsche Verantwortung in der Weltwirtschaft, in: Außenpolitik Nr. 3/1977, S. 243 ff., S. 249.

Ausbau der Gemeinschaft zur Politischen Union — und langfristig — zum Bundesstaat, ist die Bundesrepublik nicht näher gekommen. Auf eine gemeinsame Energiepolitik konnten sich die Mitgliedsländer der Gemeinschaft ebensowenig einigen wie auf eine durchgreifende Reform der Agrarpolitik. Die Verhandlungsmacht der Bundesrepublik reichte nicht einmal aus, das JET-Projekt nach Garching zu bekommen. Denn das Institutionssystem der Europäischen Gemeinschaft wirkt ausgesprochen antihegemonial und sorgt dafür, daß sich wirtschaftliche Stärke nicht ohne weiteres in politisches Durchsetzungsvermögen umsetzt. Das Prinzip der Einstimmigkeit, das noch weitgehend den Entscheidungsprozeß im Ministerrat bestimmt, maximiert die Obstruktionsfähigkeit und die Veto-Macht jedes einzelnen Mitglieds. Hierfür hat Großbritannien in jüngster Zeit eindrucksvolle Beispiele geliefert. Ihre „Zahlmeister-Rolle“ verleiht der Bundesrepublik oft nicht mehr als die Macht des Nein-Sagens<sup>63)</sup>.

Den Zusammenhang zwischen deutscher Zahlungsbereitschaft und Integrationsfortschritten im Sinne einer Stärkung supranationaler Instanzen hat vor wenigen Monaten der

damalige Finanzminister Apel freimütig dargelegt. Apel kritisierte diejenigen Partnerländer, die den Ruf nach immer mehr Ressourcentransfer erhöhen, aber die eigenen Ressourcen wie Erdöl oder Fischbestände zum unantastbaren Besitzstand des eigenen Landes erklärten. Er fuhr fort: „Ich bin bereit, noch mehr in den Integrationsprozeß zu investieren, aber nur dann, wenn tatsächliche Integrationsfortschritte erzielt werden und nicht nur einseitig Solidarität verlangt wird.“<sup>64)</sup> Bei den Vorschlägen der EG-Kommission zur Wiederbelebung des Plans einer Wirtschafts- und Währungsunion beanstandete Apel, daß die Kommission zwar vor allem auf einen verstärkten Ressourcentransfer durch währungs- und finanzpolitische Maßnahmen abhebe, aber keine weitere Verlagerung der Entscheidungskompetenzen von der nationalen auf die supranationale Ebene vorsehe. Mit Geld allein lasse sich Europa nicht zusammenbringen. Diese Feststellung Apels bedeutet zugleich, daß die Bundesrepublik ihre Wirtschaftskraft nur sehr begrenzt zugunsten ihrer europapolitischen Strategie auszuspielen vermag. Wo es um nationale Souveränität und politische Legitimation geht, gibt es kein Diktat des Scheckbuchs.

## VI. Schluß

Innerhalb der Weltwirtschaft und im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft befindet sich die Bundesrepublik in einer Position der Stärke. Wer diesen Sachverhalt mit dem Konzept der „économie dominante“ zu erfassen versucht, übersieht allzu leicht den überaus relativen Charakter der deutschen Wirtschaftsmacht und die vielfältigen Schranken, die den wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielraum der Bundesrepublik begrenzen. Dazu gehören neben der Einbindung in die Europäische Gemeinschaft die fortdauernde sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA und das Interesse an der Sicherung West-Berlins. Dazu gehört auch die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit. Ferner zeichnen sich gegenwärtig im Inland wie in der Weltwirtschaft Entwicklungstendenzen ab, die einschneidende Konsequenzen für die

außenwirtschaftliche Position der Bundesrepublik haben könnten:

1. Der Strukturwandel der westdeutschen Wirtschaft, die zunehmende Internationalisierung der Produktion und ein anhaltend hohes Niveau von Arbeitslosigkeit bergen ein „subversives“ Potential, welches das „Modell Deutschland“ zu unterminieren droht.

2. Die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung kollidieren mit den weltwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen, die bisher die Bundesrepublik vertreten hat. Auf internationalen Konferenzen stellt sich die Bundesrepublik als konservative Macht dar, welche die Tugenden des Liberalismus predigt. Ihre Verhandlungsmethode ist die der Schadensbegrenzung („Wir haben in diesem Nord-Süd-Dialog schon einige Federn lassen müssen und sollten nun aufpassen, daß wir mit einem blauen Auge davonkommen“)<sup>65)</sup>. Die Bundesrepublik muß

<sup>63)</sup> Die Entstehungsgeschichte des Regionalfonds bildet ein instruktives Beispiel; vgl. C. Sasse, Regierungen, Parlamente, Ministerrat, Bonn 1975, S. 31 ff.

<sup>64)</sup> Handelsblatt 2./3. 12. 1977.

<sup>65)</sup> So Staatssekretär Schlecht vor der Jahresversammlung des Ifo-Instituts, Ifo-Schnelldienst 20/77.



mit dem Problem fertig werden, daß die Harmonie, die in der Vergangenheit zwischen den Strukturprinzipien ihrer Wirtschaftsordnung und den Spielregeln der Weltwirtschaft bestand, der wachsenden Politisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zum Opfer gefallen ist.

3. In einigen Partnerländern stellen starke politische und gesellschaftliche Kräfte den neokapitalistischen Konsens in Frage, auf den die Europäische Gemeinschaft seit ihren Anfängen gegründet ist.

4. Das Vordringen des Protektionismus in den USA ist ein Indiz dafür, daß die Ausbreitung des Dirigismus in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen — der Alptraum, der die Architekten der westdeutschen Außenwirt-

schaftspolitik quält<sup>66)</sup> — zunehmend zu einer realen Bedrohung wird.

Die genannten Faktoren und Entwicklungstendenzen werden von den Kritikern der vermeintlichen westdeutschen Hegemonie über Europa meist nicht genügend beachtet. Die kritische Aufmerksamkeit, die der Bundesrepublik im Ausland zuteil wird, bildet indessen selbst eine der Grenzen ihres politisch-psychologischen Handlungsspielraums. Auch wenn die Kritik nicht immer fair ist, tun die politischen Repräsentanten dieses Landes gut daran, sie ernst zu nehmen. Sie wappnen sich damit gegen die Arroganz der Wirtschaftsmacht.

---

<sup>66)</sup> Vgl. P. Hermes, Außenpolitik und Außenwirtschaftsinteressen, Außenpolitik Nr. 3/1976, S. 247—255, S. 251.

## Frankreich nach der Wahl

## Politische, wirtschaftliche und soziale Probleme

## I. Versuch einer knappen Wahlanalyse

## Die Wahl vom 12. und 19. März 1978

Entgegen den Prognosen aller französischen Meinungsforschungsinstitute<sup>1)</sup> haben die französischen Linksparteien die Wahl vom März 1978 verloren. Zwar votierten im ersten Wahlgang bei einer für französische Verhältnisse extrem hohen Wahlbeteiligung von 82,8% eine knappe Mehrheit von 49,67%<sup>2)</sup> für die Parteien der Linksunion und nur 48,36% für die verschiedenen Gruppen des Regierungslagers, aber der entscheidende Durchbruch gelang nicht. Dies war um so erstaunlicher, als bei allen Nachwahlen zur Nationalversammlung seit Herbst 1974, besonders aber seit dem Erdbeben der Kantons- (1976) und Gemeindevahlen von 1977 die vereinigte Linke gewaltige Stimmgewinne verzeichnen konnte. Vor allem die Sozialistische Partei entwickelte sich während dieser Wahlen zur unbestritten stärksten Partei nicht nur im linken Lager, sondern im gesamten französischen Parteiensystem.

Die 22,58% im ersten Wahlgang für die Parti Socialiste (zuzüglich 1,1% „Verschiedene Linke“) war deshalb für die Partei geradezu enttäuschend, vielleicht sogar für die Basis in einigen Wahlkreisen entmutigend, was sich im zweiten Wahlgang bei der Stimmübertragung auf den kommunistischen „Einheitskandidaten“ der Linken zeigen sollte (s. u.). Sieht man einmal von der durch die Meinungsumfragen erzeugten Euphorie bei der Parti Socialiste ab, so ist folgendes festzuhalten: Die Parti Socialiste ist nach dem gaullistischen RPR (Rassemblement pour la République) die zweitstärkste Partei in Frankreich<sup>3)</sup>; eine andere Rechnung läßt sie die Gaullisten sogar leicht überrunden. Im Vergleich zu den Wahlen von 1973 gibt es nur 18 Departements, in

denen die Sozialisten zusammen mit dem verbündeten Mouvement des Radicaux de Gauche (Linksliberale unter Robert Fabre) nicht gewonnen haben. In alle Hochburgen der Regierungsparteien gelangen teilweise tiefe Einbrüche, so besonders in Elsaß-Lothringen, in der Normandie, in der Bretagne, im gesamten Westen und im Zentrum. Aber auch die Hochburgen der Kommunisten (besonders die an Paris angrenzenden Departements Seine-Saint-Denis und Val-de-Marne) mußten beachtliche Stimmen an die Sozialisten abgeben. Insofern ist das Wahlergebnis des ersten Wahlganges alles andere als enttäuschend: die Sozialistische Partei war erstmals wieder seit 1936 zur stärksten Partei der Linken geworden.

Das im Vergleich zu den Prognosen mäßige Abschneiden der Parti Socialiste ermöglichte es unmittelbar nach dem ersten Wahlgang dem Generalsekretär der kommunistischen Partei, Georges Marchais, innerhalb weniger Stunden nach außen hin den Streit im Linksbündnis zu begraben und ein aktualisiertes Regierungsbündnis zu unterzeichnen, wobei er in fast allen Positionen den Forderungen Mitterrands und Fabres nachgab<sup>4)</sup>. Dieser Positionswechsel, der in der französischen Wählerschaft eher Verwirrung als Befriedigung über die doch noch erfolgte Einigung im Linksbündnis erzeugte und darüber hinaus bei vielen Wählern Mißtrauen hinsichtlich der Seriosität des Generalsekretärs der PCF wachrief, war möglich geworden, weil die beiden großen Linksparteien annähernd gleichstark aus dem ersten Wahlgang hervorgegangen waren. Marchais' Trauma, die Sozialisten könnten die Kommunisten vom ersten Platz innerhalb des Linksbündnis in eine Juniorrolle abdrängen, war nicht eingetreten. Nun, nach dem 12. März, konnte Marchais gleichberechtigt mit einem Mitterrand verhandeln, dessen Partei durch das Wahlergebnis zwar leicht in Führung gegangen, aber nicht zum dominierenden Partner geworden war.

<sup>1)</sup> Siehe die Aufstellung in *Le Monde* vom 3. 3. 1978.

<sup>2)</sup> Vgl. die Statistik gemäß den Angaben des Innenministeriums, s. *Le Monde*, Dossiers et Documents, Les Elections Législatives de Mars 1978.

<sup>3)</sup> Nach den Angaben des Innenministeriums.

<sup>4)</sup> Vgl. den Wortlaut der Erklärung in: *Le Monde*, Dossiers et Documents, a. a. O., S. 86.

Die Einigung, auf die fast alle Mitglieder und Sympathisanten beider Parteien seit über einem halben Jahr gehofft hatten, kam nun zu spät, um den Wahlausgang noch zugunsten der Linken korrigieren zu können. Einerseits begünstigt das französische absolute Mehrheitswahlssystem und die ungerechte Wahlkreiseinteilung, die aufgrund der Binnenwanderung Wahlkreise in Ballungsgebieten gegenüber ländlichen Wahlkreisen benachteiligt, die Regierungsparteien. Andererseits war die Stimmübertragung beim zweiten Wahlgang auf den jeweiligen Kandidaten der Linksunion unterschiedlich: Während im Lager der Regierungsparteien diese Stimmübertragung fast ausnahmslos funktionierte, weigerten sich zahlreiche sozialistische oder linksliberale Wähler, ihre Stimme den an der Spitze liegenden Kommunisten zu geben.

Das Beispiel von acht ausgewählten Wahlkreisen, in denen nach dem ersten Wahlgang der kommunistische Kandidat an der Spitze lag und eigentlich hätte siegen müssen, zeigt, daß ihm eine Woche später durchschnittlich gut 3 Prozent gegenüber den im ersten Urnengang für die gesamte Linke abgegebenen Stimmen fehlten<sup>5)</sup>. Aber auch sozialistische und linksliberale Kandidaten konnten in zahlreichen Wahlkreisen, wo die Unterschiede zwischen beiden Blöcken äußerst gering waren, nicht alle im ersten Wahlgang abgegebenen „linken“ Stimmen im zweiten entscheidenden Wahlgang auf sich vereinigen. Das krasse Abbröckeln von manchmal über 5 Prozent beweist, wie wenig die linke nicht-kommunistische Wählerschaft dem am 13. März nun endlich geschlossenen Bündnis traute. Der antikommunistische Affekt scheint in diesen Wahlkreisen<sup>6)</sup> manche Linkswähler bewogen zu haben, aus Enttäuschung über das Verhalten der Kommunisten vor den Wahlen doch noch ins Regierungslager überzuwechseln. Denn die heftigen Attacken der letzten Monate, die der Generalsekretär der PCF, Georges Marchais, gegen die Sozialisten geritten hatte, scheinen entgegen aller Prognosen doch wahlentscheidend gewesen zu sein. Vor allem im großen Lager der Unentschlossenen, aber auch bei den Ökologisten haben diese permanenten Ausfälle zu einer Stimm-entscheidung im zweiten Wahlgang zugunsten der Regierungsparteien geführt. Bei 13 878 573 Stimmen, die im ersten Wahlgang für die gesamte Linke einschließlich der ex-

tremen Linken abgegeben worden waren, gegenüber 13 276 296 Stimmen für alle Formationen, die sich zur Majorité bekennen, wäre ein Machtwechsel möglich gewesen, wenn

- eine strikte Wahldisziplin geübt,
- die Unentschlossenen von einer vereinigten Linken überzeugt und
- fast alle Ökologisten zur Wahl eines Linkskandidaten bereit gewesen wären. Nichts davon ist eingetreten. Die Unsicherheit und das Mißtrauen gegenüber Marchais' Taktieren haben die wahlentscheidenden Prozente gekostet; die Linke besaß am 19. März keine Reserven mehr<sup>6a)</sup>.

Niemand war deshalb über François Mitterrands scharfe Kritik an seinem kommunistischen Bündnispartner verwundert, als er in der Wahlnacht vom 19. 3. 1978 erklärte: „Es ist heute klar, daß die Hoffnung, die (die Linksunion) für viele besaß, am 22. September 1977 an der Uneinigkeit zerbrochen ist. Die Geschichte wird darüber urteilen, was mit demjenigen geschieht, die dafür die Verantwortung zu tragen haben, indem sie nicht zögerten, ihre heftigen und unaufhörlichen Attacken gegen die Sozialistische Partei mit denjenigen der Rechten zu verbinden.“<sup>7)</sup> Robert Fabre, der Führer der linken Radikalsocialisten, ergänzte: „Das am 13. März 1978 geschlossene Abkommen, das eigentlich schon am 22. September 1977 hätte unterzeichnet werden können, ist zu spät gekommen, um die Dynamik für die Linksunion wiederherzustellen. Können die Franzosen die Verantwortung vergessen, die die kommunistische Partei durch die erneute Machtübernahme der Rechten auf sich geladen hat? ... Ich betrachte mich heute als entbunden von allen Verpflichtungen, die ich 1972 unterschrieben habe, (d. h. das Gemeinsame Regierungsprogramm, U.K.).“<sup>8)</sup>

### Bruch der Linksunion

In diesem Zusammenhang ist hier kurz die Frage zu streifen, welche Gründe die kommunistische Partei im Herbst 1977 bewogen haben mögen, die Aktualisierungsdebatte über das Gemeinsame Regierungsprogramm als Anlaß für einen Bruch mit ihren Partnern zu nehmen.

<sup>6a)</sup> Ähnlich Stanley Hoffmann, Wovon Giscard träumt, in: Die ZEIT vom 19. 5. 1978.

<sup>7)</sup> Ebd. S. 96.

<sup>8)</sup> Ebd.

<sup>5)</sup> Vgl. *Le Monde*, Dossiers et Documents, a. a. O., S. 93.

<sup>6)</sup> Vgl. ebd. S. 93.

Vordergründig ging es bei den Verhandlungen auf höchster Ebene zwischen Mitterrand, Marchais und Fabre, nachdem die meisten Fragen schon im Laufe des Sommers von einer gemeinsamen Kommission befriedigend geklärt worden waren<sup>9)</sup>, um die Erhöhung des Mindestlohns, die Frage der Verengung des sogenannten Einkommensfächers, die Beibehaltung oder Abschaffung der atomaren Force de Frappe und besonders um die Zahl der zu verstaatlichenden Betriebe. Dazu kam später die für die Sozialisten besonders delikate Frage der Verteilung der Ministerien, wobei Marchais schließlich die Aufteilung proportional zum Stimmenanteil der einzelnen Parteien innerhalb der Linken forderte.

Diese offenen Fragen hätten im Verlauf der Verhandlungen zur Zufriedenheit aller gelöst werden können, sofern eine gewisse Kompromißbereitschaft bei den Partnern des Gemeinsamen Regierungsprogrammes vorhanden gewesen wäre. Dies hätte u. a. auch für das heikle Thema der Nationalisierungen gegolten. Hier ging es scheinbar um die Zahl der zu verstaatlichenden Betriebe einschließlich der Filialen<sup>10)</sup>; in Wirklichkeit aber ging es bei diesem Zahlenspiel um die Beherrschung der gesamten Wirtschaft. Denn in den nationalisierten Betrieben sollten die Führungsgremien je zu einem Drittel aus Regierungsvertretern, Verbrauchern und Arbeitern bestehen. Die Wahl der Vertreter der Arbeiterschaft sollte nach Meinung der PCF ausschließlich mit Hilfe von durch die Gewerkschaften aufgestellten Listen erfolgen. Dies hätte eindeutig die größte französische Gewerkschaft, die kommunistisch orientierte Confédération Générale du Travail, begünstigt. PS und MRG sprachen sich deshalb dagegen aus und empfahlen für die Kandidatur auch unorganisierte Arbeiter, wodurch der über die CGT indirekt ausgeübte Einfluß der PCF auf diese Betriebe reduziert worden wäre.

Am 4. Januar 1978 präsentierte François Mitterrand einen Vorschlag der PS, der den Forderungen der PCF auf den allermeisten Gebieten nachgab; dennoch lehnte Marchais ab

<sup>9)</sup> Vgl. hierzu *Le Programme Commun de Gouvernement de la Gauche*, Propositions socialistes pour l'actualisation, Paris 1978, S. 5 ff. und aus kommunistischer Sicht: *Pierre Juquin*, Programme Commun. L'Actualisation à dossiers ouverts, Paris 1977.

<sup>10)</sup> Während die PCF die Verstaatlichung auch jener Filialen forderte, in denen die Muttergesellschaft eine 50 %ige Beteiligung besaß (ca. 1 450), wollten die PS und das MRG nur diejenigen mit 98 % Beteiligung verstaatlicht wissen (ca. 200).

und verlangte sogleich neue Zugeständnisse<sup>11)</sup>.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde klar, daß die bislang angeführten Gründe von seiten der PCF, die übrigen Partner seien nicht kooperationsbereit und an einer wirklichen Aktualisierung interessiert, nur vorgeschoben waren.

Die wahren Gründe lassen sich wie folgt zusammenfassen<sup>12)</sup>: Aufgrund der Prognosen konnte die Linke mit einem Sieg rechnen, so daß in einer Situation, in der sich die „Sandkastenspielerei“ zweier nicht an der Macht befindlichen Parteien allmählich zumindest potentiell zu einer ganz Frankreich betreffenden Regierungspolitik wandelte, die machtpolitische Lage der beiden Parteien eine entscheidende Rolle zu spielen begann. Hier liegt — zumindest was die PCF betrifft — der Schlüssel zum Verständnis des Zerwürfnisses zwischen den beiden großen Linksparteien. Aus ihrem Selbstverständnis heraus glauben die französischen Kommunisten, daß sie allein die Interessen der Arbeiter am besten vertreten können. Sie befürchten, daß eine Linksregierung, in der sie nicht das Übergewicht hätten, zum Verrat an den Interessen der Arbeiter neigen würde und die PCF eventuell sogar ausgebootet werden könnte. Marchais' provozierter Bruch im September 1977, der wegen des umfangreichen Propagandaaufwandes von langer Hand vorbereitet gewesen sein muß, diente einzig und allein dem Zweck, eine Wiederherstellung des Machtgleichgewichts innerhalb der Linksunion bzw. der Vormachtstellung der Kommunisten zu erreichen. Das Gemeinsame Regierungsprogramm hatte nämlich nicht den Kommunisten, sondern den Sozialisten Erfolge gebracht. Mit anderen Worten: die PCF lief Gefahr, zur Minderheit im Lager der Linken zu werden. Sie mußte befürchten, nicht einmal mehr 20 Prozent der Stimmen zu erhalten: Die Rolle der „Avantgarde“ schien gefährdet zu sein. Zwischendurch, als sich bei Wahlumfragen herausstellte, daß die Konfrontationsstrategie der PCF keine neuen Wählerstimmen verschafft hatte, gab sich Marchais gegenüber seinen Partnern versöhnlicher. Dies verwirrte aber nur noch mehr die Wählerschaft der Linken und verunsicherte ebenfalls die Basis der kommunistischen Par-

<sup>11)</sup> Vgl. hierzu: *Udo Kempf*, Der Bruch der französischen Linksunion. Masch. Manuskript für die Tagung der Arbeitsgruppe „Parteien, Wahlen, Parlamente“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Darmstadt 17./18. Juni 1978.

<sup>12)</sup> Vgl. *Kempf a. a. O.*

tei. Insgesamt gesehen, erschien die Taktik der PCF zu fadenscheinig, um die notwendigen Wählerstimmen aus dem bürgerlichen Lager zu bringen, die die Linkunion für den Wahlsieg brauchte.

Das Abstimmungsergebnis des *ersten* Wahlgangs zeigt zweierlei: 1. die sich abzeichnende Niederlage der Linkunion und 2. einen Erfolg Marchais', dem es mit Hilfe dieser ominösen Taktik gelungen war, entgegen den Voraussagen den Stimmenverlust der kommunistischen Partei zu stoppen. Das Gleichgewicht (rééquilibrage) innerhalb der Linken war wiederhergestellt. Daß durch diese Taktik die Linke verlor und anschließend das Bündnis endgültig auseinanderbrach, nahm das Politbüro der PCF in Kauf.

### Die Situation „danach“

Wagt man die Situation in den Parteien nach der Wahl zu analysieren, so lassen sich im *linken Lager* folgende Entwicklungstendenzen erkennen. Das Gemeinsame Regierungsprogramm hat nur noch historischen Wert. Pierre Mauroy, nach Mitterrand der führende Mann in der PS, erklärte sogar, seine Partei habe „das Halseisen abgestreift“<sup>13)</sup>. Robert Fabres' Radikalsozialisten scheinen unter ihrem neuen Parteivorsitzenden Michel Crepeau — Fabre hatte sein Amt niedergelegt — nach einigem Schwanken am Bündnis mit den Sozialisten festhalten zu wollen<sup>13)</sup>. Während die Sozialisten erstaunliche Geschlossenheit zeigen und jegliche Diskussion über die Zukunft ihres — nunmehr seit 1973 zum dritten Mal geschlagenen — Ersten Sekretärs vermeiden (sieht man von wenigen Äußerungen ihres linken Flügels, des CERES, einmal ab), erlebt die PCF praktisch eine vor der Öffentlichkeit nur mühsam vertuschte innerparteiliche Grundsatzkritik an Marchais' Taktik und am Führungsstil des Politbüros. Nach langem Zögern mußte Marchais vor der Presse zugeben, daß sich eine solche Kritik am Verhalten des Politbüros nicht nur an der Basis, sondern auch innerhalb des Apparates entwickelt habe. Für ihn sei diese Diskussion Ausdruck innerparteilicher Demokratie. Gleichzeitig aber wird der Versuch sichtbar, den linken Flügel dieser Kritiker, vor allem zahlreiche der PCF angehörige Intellektuelle<sup>13a)</sup>, zu isolieren; er wirft ihnen

vor, schon gegen seine Politik auf dem 22. Parteitag, auf dem der Begriff der Diktatur des Proletariats fallengelassen wurde, Position bezogen zu haben<sup>14)</sup>. Gleichzeitig verstärkt die Partei ihre Angriffe gegenüber den Sozialisten, um auf diese Weise von der innerparteilichen Kritik abzulenken, die sich nach außen besonders durch Leserbriefe in verschiedenen nicht-kommunistischen Zeitungen artikuliert.

Ob durch solche Kritik Marchais' Position ins Wanken gerät und ein sogenannter harter Flügel unter dem Chefredakteur der Parteizeitung L'Humanité, Leroy, die Oberhand gewinnt, ist fraglich. Denn Marchais kann immerhin darauf verweisen, daß durch seine Taktik die kommunistische Wählerschaft stabilisiert wurde.

Auf der Sitzung des 120köpfigen Zentralkomitees Ende April<sup>14a)</sup> wurde sein Rechenschaftsbericht, in dem er betonte: „wir haben keine Fehler gemacht“ und gleichzeitig gegen die innerparteiliche Kritik erneut polemisierte, einstimmig gebilligt. Für ihn ist die Grundsatzdebatte über den Bruch mit den linken Partnern eine „unverantwortliche Diskussion um jeden Preis“. Zwar steht für ihn fest, daß die PCF „wieder einmal demonstriert hat, daß sie die demokratischste Partei Frankreichs ist“; aber: „Man kann dem demokratischen Leben der Partei größte Bedeutung schenken. Die Partei im Namen einer vagen kleinbürgerlichen Anarchie zu demontieren, ist aber etwas ganz anderes.“

Die Frage, ob Marchais, der oft als Vertreter eines „weichen“ Kurses innerhalb der PCF angesehen wurde, wieder ins Lager der „Falken“ übergewechselt (bzw. hart geblieben) ist, ist nach diesen Äußerungen nicht auszuschließen. Fest steht, daß eine innerparteiliche Öffnung, also eine Abkehr vom demokratischen Zentralismus, jetzt mehr denn je ausgeschlossen ist. Auch Entwicklungstendenzen, wie sie bei den übrigen Eurokommunisten, besonders bei der spanischen KP, eingesetzt haben, sind wenig wahrscheinlich. Zu erwarten ist vielmehr ein Abwürgen der nach der Wahlniederlage einsetzenden Diskussion sowie eine Verschärfung der Auseinandersetzung mit den Sozialisten. Erst der nächste Parteitag Anfang 1979 dürfte die Frage klären, ob Marchais' Position und damit die Politik der PCF in den letzten Jahren erschüttert ist.

<sup>13)</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. 3. 1978 und *Le Monde* vom 23. 5. 1978.

<sup>13a)</sup> Vgl. dazu: *Archiv der Gegenwart*, Heft 14/1978 (1.—6. 4. 1978), 21690 B.

<sup>14)</sup> Vgl. *Le Monde* vom 5. 4. 1978.

<sup>14a)</sup> Vgl. *Le Monde* vom 29. 4. 1978.

Auch im *Regierungslager* ist der alte Streit zwischen Chiracs *Rassemblement pour la République*, das zwar geschwächt, aber mit 154 Abgeordneten doch als stärkste Fraktion aus den Wahlen hervorgegangen ist, und der Staatspräsident Giscard d'Estaing weitgehend ergebene Parlamentsfraktion *Union pour la Démocratie Française* (UDF) <sup>15)</sup> erneut ausgebrochen.

So wollen Premierminister Raymond Barre und die UDF mit 134 Abgeordneten Giscard's Ziel realisieren, die Polarisierung der französischen Wählerschaft zu überwinden und durch eine Öffnung nach links (zunächst mit Blick auf die linken Radikalsozialisten, aber auch auf Teile der Sozialisten) allmählich die Regierungsmehrheit zu erweitern.

Demgegenüber lehnt J. Chirac eine solche Politik strikt ab. Zum einen befürchtet er zu Recht, durch eine solche Vergrößerung der Regierungskoalition schließlich ausgebootet zu werden <sup>16)</sup>. Zum anderen besitzt Raymond Barre ohne die Gaullisten keine reale Parlamentsmehrheit; Giscard d'Estaing und sein Premier sind also auch in Zukunft auf das RPR angewiesen. So drohte Chirac unverhüllt mit einem Scheitern jeglicher Regierungspolitik, sofern sie den grundsätzlichen Zielen der Gaullisten widerspricht. Für ihn kommt es nicht darauf an, „die Politik der Linken zu betreiben“ oder „daß wir uns im Sieg beherrschen, sondern daß wir ihn ausnutzen“ <sup>17)</sup>. Mit anderen Worten: Chirac versucht schon jetzt die notwendige Ausgangsbasis für die Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1981 zu schaffen, wo er nach der momentanen Lage Giscard's Hauptkonkurrent werden dürfte. Denn die Wähler seiner Sammlungsbewegung sind in ihrer soziologischen Zusammensetzung weitgehend identisch mit den Anhängern der wichtigsten Gruppierung der UDF, der Republikanischen Partei. Sie durch eine progressive Reformpolitik zu beunruhigen, liegt weder in

Giscard's, aber noch weniger in Chirac's Interesse. Daß seine Stellung innerhalb der Parlamentsfraktion des RPR nicht ganz unumstritten ist, zeigt die Wahl des Altgaullisten Jacques Chaban-Delmas zum Parlamentspräsidenten gegen den Willen Chirac's. Knapp 30 RPR-Abgeordnete haben bei der geheimen Wahl gegen Chirac's Favoriten, Edgar Faure, gestimmt und somit indirekt dem Präsident der gaullistischen Bewegung eine empfindliche Schlappe beigebracht <sup>18)</sup>.

Abschließend ist festzuhalten, daß das Wahlergebnis zwar einen Machtwechsel zugunsten der Linken verhindert hat. Die Situation hat sich aber insofern verändert, als sich das bisher auf zwei fast gleichstarken Blöcken ruhende Parteiensystem eher zu einem Viersystem gewandelt hat: Auf der Linken die mittlerweile verfeindeten Kommunisten und Sozialisten mit ihrem Partner MRG (*Mouvement des Radicaux de Gauche*), auf der Rechten die Gaullisten, die Staatspräsident Giscard d'Estaing vorwerfen, sie nicht als loyale Partner zu behandeln, und die sich zur Fraktionsgemeinschaft UDF zusammengeschlossenen Anhänger Giscard's. Theoretisch wären andere Bündnisse als die bestehenden möglich; aber keine Partei ist geschlossen und somit stark genug, um das Lager zu wechseln und eine neue Regierungskoalition zu bilden. Somit verhindert ein fast täglicher Streit zwischen den Führern der Majorité das Inangriffnehmen längst überfälliger sozialer und wirtschaftlicher Reformen. Raymond Barre's Regierungserklärung am 19. April 1978 war dafür ein typisches Beispiel. Andererseits dürfte auch Giscard's Hoffnung, die Sozialisten für eine Koalition zu gewinnen, auf absehbare Zeit illusorisch bleiben, denn ein solcher Wechsel würde momentan zu einer starken Zerreißprobe in der PS werden, die ggf. zu ihrer Spaltung führen könnte — ein Risiko, das F. Mitterrand zum augenblicklichen Zeitpunkt nicht einzugehen bereit ist.

<sup>15)</sup> Die UDF bildete sich am 1. Februar 1978 und setzt sich aus folgenden Parteien zusammen: Republikaner, Radikalsozialisten (rechter Flügel), Zentrum.

<sup>16)</sup> Vgl. seine Äußerungen auf dem außerordentlichen Parteitag 1978, abgedr. in *F.A.Z.* vom 15. 4. 1978.

<sup>17)</sup> Ebd.

<sup>18)</sup> Die Folge war eine Änderung der Parteistatuten, die nun die Abgeordneten automatisch zu Mitgliedern des Zentralkomitees macht, andererseits aber gaullistische Regierungsmitglieder und die Vorsitzenden des Verfassungsrates, des Senats und der Nationalversammlung für die Dauer ihrer Amtszeit aus den Führungsgremien des RPR ausschließt.

## II. Kurzporträt der französischen Gesellschaft

### Zur Entwicklung der französischen Sozialstruktur

Zentrales Thema des letzten Wahlkampfes war neben sozialen Fragen vor allem die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen. Nach einer Studie des CERC (Centre d'étude des revenus et des coûts), die von Premierminister Barre in Auftrag gegeben worden war, sind solche Ungleichheiten in Frankreich im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn extrem groß<sup>19)</sup> (s. u.). Zweifels ohne haben die Franzosen im ersten Wahlgang deutlich gemacht, daß sie die Versprechungen ihres Staatspräsidenten nach mehr sozialer Gerechtigkeit, die dieser schon vor seiner Wahl 1974 gegeben hatte, nun verwirklicht sehen wollen. Aus diesem Grund gaben sie der Linksunion zunächst einen knappen Vorsprung. Das gemeinsame Programm der Linken hat Erwartungen freigesetzt, die bei breiten Schichten die Hoffnung auf soziale Veränderungen weckten und die von den Regierungsparteien nicht übergangen werden können. So finden sich in allen Parteiprogrammen<sup>20)</sup> Aussagen über die Verbesserung der sozialen Lage bisher unterprivilegierter Schichten. Am weitesten ging — nach dem Bruch der Linksunion — die PCF, die u. a. die Anhebung des Mindestlohnes SMIC<sup>21)</sup> um 37 Prozent auf 2 400 F forderte. Dem schlossen sich die Sozialisten erst nach einigem Zögern an. Andererseits befürchteten die Regierungsparteien in einer solchen Erhöhung des SMIC den Bankrott zahlreicher Klein- und Mittelbetriebe sowie weiter Teile des Handels. Sie schlugen statt dessen — so Raymond Barre im Programm von Blois — eine allmähliche Anhebung dieses gesetzlich garantierten Mindestlohns vor. Gerade die Auseinandersetzung um den SMIC ist mit wahlentscheidend gewesen, weil nach dem Einschwenken der Sozialisten auf die Linie der PCF zahlreiche, durch Anhebung in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohte kleine Selbständige wieder ins Regierungslager übergewechselt sind.

Somit sind die sogenannten „Smicards“, d. h. jene nach dem Mindestlohn Bezahlten, die eigentlichen Verlierer der Wahl. Denn diese ca. anderthalb Millionen Beschäftigten müssen mit monatlich 1 743 Francs ihren Lebensunterhalt bestreiten. Wie sie dies schaffen (außer

durch zusätzliche Nebentätigkeit), ist ein Rätsel. Dabei sind ihre Löhne seit der Mai-Krise 1968 schon überproportional angestiegen. Die damalige Lohnerhöhung von 35 Prozent, die von der Wirtschaft relativ gut verkraftet wurde, sowie die folgenden sind aber mittlerweile durch die steigenden Lebenshaltungskosten aufgezehrt, so daß die „Smicards“ am Rande des Existenzminimums leben. Raymond Barres Regierungserklärung, den SMIC überproportional anzuheben (auf 1 811 F ab 1. Mai), brachte für diese Gruppe, die neben den Rentnern zur ärmsten Bevölkerungsgruppe zählt, nur bescheidene Hoffnung. Der von den Kommunisten provozierte Bruch war für sie — folgt man den zahlreichen Äußerungen von „Smicards“ in der Presse — eine so tiefgehende Enttäuschung, daß sie aus Verbitterung den Linksparteien teilweise ihre Stimmen verweigerten.

Somit haben die Wahlen zwar den Regierungsparteien (rechnerisch) eine stabile Mehrheit beschert, aber nicht zur Lösung der sozialen Probleme beigetragen.

Wenden wir uns nun der Entwicklung der französischen Sozialstruktur zu.

Nicht nur die französische Wirtschaft, sondern auch die *französische Sozialstruktur* hat in den vergangenen Jahren einen grundlegenden Wandel durchlaufen<sup>22)</sup>. War Frankreichs Sozialstruktur vor dem Zweiten Weltkrieg durch ein ausgeglichenes Vorhandensein von Bauern, Kleinhändlern, Gewerbetreibenden und Handwerkern gekennzeichnet, änderte sich dies schlagartig Ende der fünfziger Jahre: Der schon nach dem Krieg einsetzende wirtschaftliche Aufschwung setzte sich nach dem Eintritt Frankreichs in die EWG verstärkt fort. So stieg das Bruttosozialprodukt in dem Zeitraum 1960 bis 1972 um durchschnittlich 5,8 Prozent; 1973, vor Ausbruch der weltweiten Rezession, betrug es 6,3 Prozent und lag neben Japan an der Spitze der westlichen Industrieländer. Trotz der Wirtschaftskrise erzielte Frankreich 1977 mit 3 Prozent ein höheres BSP als die

<sup>19)</sup> Vgl. die Synopse in *Le Monde*, Dossiers et Documents, a. a. O., S. 41 f.

<sup>21)</sup> Salaire minimum interprofessionnel de croissance.

<sup>22)</sup> Vgl. *Udo Kempf*, Das politische System Frankreichs, Opladen 1975, S. 219 ff.; *Dieter Menyesch*, Das alte und neue Frankreich, in: *Der Bürger im Staat*, Heft 1, März 1978, S. 33 ff.; *Oscar-Erich Kuntze*, Wirtschaftsmacht, in: *Der Bürger im Staat*, a. a. O., S. 39 ff.

Bundesrepublik Deutschland. Stellt man eine Rangliste der reichsten Länder auf, so liegt Frankreich 1976, gemessen am BSP vor Großbritannien auf dem fünften Platz.

Wird diese Summe aber auf die Bevölkerung umgerechnet, so rutscht Frankreich mit 6 547 Dollar auf den zehnten Rang (den ersten Platz hält die Schweiz, die Bundesrepublik Deutschland mit 7 254 Dollar den siebten).<sup>23)</sup> Parallel dazu erfolgte ein starker Konzentrationsprozeß der französischen Wirtschaft, der vom Staat durch großzügige Kredite gefördert wurde, um die einzelnen Branchen für den Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen. So erzielten 1970 z. B. 0,86 Prozent aller Industriefirmen 62 Prozent (!) des gesamten Umsatzes aller Betriebe. Dies zeigt ebenfalls, daß ein wesentlicher Strukturdefekt der französischen Wirtschaft nach wie vor besteht: die partiell noch dem Ideal sich selbst genügender Mini-Familienbetriebe anhängenden Unternehmer. Mangelnde Kapitalausstattung, patriarchalischer Führungsstil und unzureichende Technologie hat sie oft als erste während der Krise in den Konkurs getrieben.

Ein weiteres Element, das den Wandel der französischen Sozialstruktur kennzeichnet, ist die *Verstädterung*, die ihrerseits stark mit dem Rückgang der Bevölkerung in der Landwirtschaft verknüpft ist. So leben Mitte der siebziger Jahre 70 Prozent aller Franzosen in Städten; 1958 waren es erst 58 Prozent. Der Staat versucht durch den Bau von neuen Städten und durch den Ausbau bestehender regionaler Metropolen (sogenannte „Métropoles d'Equilibre“) dieser Verstädterung mit all ihren sozialen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Problemen Rechnung zu tragen. Dennoch leben ca. 20 Prozent aller Franzosen in der Pariser Region.

Somit hat sich ein neuer Gesellschaftstyp in den letzten zwei Jahrzehnten herausgebildet: Eine „vorwiegend städtische Gesellschaft hat die traditionelle ländliche Gesellschaftsordnung verdrängt“<sup>24)</sup>.

Innerhalb der *Landwirtschaft* ist der Umbruch verhältnismäßig reibungslos vonstatten gegangen. Waren noch 1954 20,7 Prozent aller Beschäftigten (einschließlich der Landarbeiter sogar 26,7 %) in der Landwirtschaft tätig, so sind

es 1975 nur noch 7,6 Prozent (zuzüglich 1,7 % Landarbeiter)<sup>25)</sup>. Durchschnittlich 150 000 Personen wandern jährlich vom Land in die Stadt; es sind vor allem junge Menschen, denen die elterlichen Äcker kein gesichertes Auskommen garantieren und die deshalb einen Arbeitsplatz in der Industrie suchen. Die Folge ist — neben den Problemen eines Bruches sozialer Bindungen — eine Vergreisung zahlloser Dörfer, eine Verödung zahlreicher Landstriche und eine Überalterung der Landwirte. Schon heute sind 43 Prozent aller Bauern älter als 50 Jahre<sup>26)</sup>.

Diese Tendenz trifft in ähnlicher Form auch für die Selbständigen in Industrie, Handwerk und Handel zu. So hat sich ihr Anteil an den Erwerbstätigen von 12 Prozent (1954) auf 7,8 Prozent im Jahre 1975 verringert. Auf die Folgen des Verlustes der Selbständigkeit kann hier nicht näher eingegangen werden. Jedoch hat ein solcher Verlust, der den bisher Selbständigen oft zur Aufnahme von Fließbandarbeit in der Fabrik zwang, eine soziale Deklassierung gebracht, die erheblichen sozialen Zündstoff birgt.

Tabelle 1

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in %

	1954 bis 1962	1962 bis 1968	1968 bis 1975
Landwirtschaft ..	-3,5	-3,9	-5,7
Handwerk .....	-2,1	-0,5	-2,1
Kleinhandel ....	-1,2	-1,7	-1,7

Quelle: Menyesch, a. a. O., S. 38

Neben diesem Rückgang der traditionellen Mittelschicht stellt man eine rasche Zunahme von abhängig Beschäftigten fest. So sind heute 83 Prozent aller Beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger. Am stärksten ist die Zahl der Angestellten, der mittleren Kader (also Grundschullehrer, medizinisches und soziales Pflegepersonal, Techniker und mittlere Verwaltungsbeamte) sowie der höheren Kader (Professoren und Gymnasiallehrer, Ingenieure und leitende Verwaltungsbeamte sowie zahl-

<sup>23)</sup> Vgl. OCDE: Etudes Economiques. France, Februar 1977.

<sup>24)</sup> René Lasserre, Entwicklung der französischen Sozialstruktur, in: Sozialstruktur und Politik in Frankreich, Schriftenreihe des Deutsch-Französischen Instituts 1976, S. 3.

<sup>25)</sup> Laurent Thévenot, Les Catégories sociales en 1975: l'extension du salariat, in: Economie et Statistique 91 (juillet-août 1977), S. 4 f.

<sup>26)</sup> Thévenot, a. a. O., S. 12.



reiche freie Berufe) um durchschnittlich 4,5 Prozent im Zeitraum von 1968 bis 1975 angestiegen. Dies hängt vor allem mit der Entwicklung des *tertiären Sektors* zusammen, der wiederum eng mit der Industrieentwicklung verbunden ist. So hat sich die Zahl der mittleren Angestellten zwischen 1958 und 1975 mehr als verdoppelt (5,8 % : 12,7 %), die der einfachen Angestellten hat um 75 Prozent zugenommen (10,8 % : 17,7 %) und die Zahl der höheren Kader hat um das Zweieinhalbfache zugenommen (2,9 % : 6,7 %). Diese Bevölkerungsgruppe stellt heute 37 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung dar und ist damit fast ebenso stark wie die Arbeiterschaft (s. u.). Somit hat sich das Zahlenverhältnis zwischen traditionellem Mittelstand und dem „neuen“, unselbständigen Mittelstand zwischen 1954 und 1975 umgedreht.

Tabelle 2

Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung

	alter Mittelstand	neuer, unselbständiger Mittelstand
1954	32 %	17 %
1975	15 %	30 %

Quelle: Menyesch, a. a. O., S. 38

Demgegenüber stagniert der Anteil der Arbeiter mit 37,7 Prozent der Beschäftigten. Zwar haben auch sie zwischen 1954 und 1968 um 5 Prozent zugenommen; gegenüber 1968 ist aber ihr heutiger Anteil um 0,1 Prozent geschrumpft. Dennoch bleiben sie mit 8,2 Millionen die größte soziale Gruppe in der französischen Gesellschaft.

Dieser hier in Zahlen ausgedrückte Wandel hat sich auch auf die Struktur der einzelnen Schichten in der Bevölkerung ausgewirkt. Folgt man René Lasserre<sup>27)</sup>, so hat sich in der „herrschenden Schicht“ (Industrielle, leitende Beamte, Freiberufliche und höhere Kader) neben der traditionellen Vermögensbourgeoisie eine „neue Bourgeoisie“ etabliert, deren Status und Reichtum auf intellektuellem Kapital und Ausübung der Macht in Industrie und Staat beruhen. Sie unterscheidet sich darüber hinaus von der „ideologisch konservati-

<sup>27)</sup> Vgl. Lasserre, a. a. O., S. 4 ff.

Tabelle 3:

Anteil der Erwerbstätigen in %

	1954	1975
Bauern und Landarbeiter	26,7	9,7
Selbständige in Industrie und Handel	12,0	7,8
höhere Kader	2,9	6,7
mittlere Kader	5,8	12,7
Angestellte	10,8	17,7
Arbeiter	33,8	37,7
Dienstpersonal	2,7	2,4
Sonstige (Artisten, Pfarrer, Armee und Polizei)	2,7	2,4
	100	100

Quelle: Thévenot, a. a. O., S. 4/5

ven früheren Bourgeoisie durch eine eher modernistische Orientierung“; sie stellt, mit anderen Worten, den industriellen Fortschritt Frankreichs in den letzten 20 Jahren dar.

Gegenpol dieser herrschenden Schicht ist die Arbeiterklasse, deren Zahl sich zwar am Gesamtanteil der Erwerbstätigen in den vergangenen Jahren verringert hat, die aber trotzdem noch die stärkste soziale Gruppe bildet, obgleich ihr Anteil innerhalb der abhängig Beschäftigten von 49 Prozent auf 46 Prozent gefallen ist.

Innerhalb dieser Schicht hat sich eine zunehmende Differenzierung ergeben: So ist der Anteil der Meister und Facharbeiter kontinuierlich gestiegen, während die Zahl der Fließbandarbeiter (sogenannte „Ouvriers spécialisés“ oder auch O. S.) stagniert; die ungelerten Arbeiter haben sogar abgenommen. Sie setzen sich besonders aus Frauen zusammen, deren Anteil an diesen Berufszweigen der Arbeiterschaft mit 28 Prozent besonders hoch ist. Ihr früherer Tätigkeitsbereich wurde in den letzten Jahren zunehmend wegrationalisiert, so daß sie häufig von Fachkräften zu Hilfsarbeiterinnen wurden.

## Vermögens- und Einkommensdisparitäten

Zweifelsohne steht trotz der erheblichen allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards diese Bevölkerungsschicht, die durch die Erhöhung des SMIC im Mai 1968 anschließend etwas höhere Lohnsteigerungen erhielt als andere Arbeitnehmer, immer noch auf der untersten Stufe der gesellschaftlichen Hierarchie. Dies soll u. a. durch die Darstellung der *Entwicklung der Einkommens- und Vermögensunterschiede* in der französischen Gesellschaft dargelegt werden.

Zunächst ist von zwei Feststellungen auszugehen:

- Die oben aufgezeigte wirtschaftliche Expansion bedingte eine gleichzeitige, nicht unbeträchtliche Erhöhung aller Einkommen. So hat sich das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung seit 1949 verdreifacht. Aber:
- Eine Umverteilung des gemeinsam erwirtschafteten Bruttosozialprodukts im Sinne von mehr Chancengleichheit, von einer Verengung der Einkommensschere, von mehr sozialer Gerechtigkeit mit Hilfe diverser Sozialbudgets hat kaum stattgefunden.

Im Gegenteil: Zwar wurden die Armen nicht ärmer und konnten ihren Lebensstandard bescheiden erhöhen, aber die Reichen wurden nicht nur reicher, sondern um ein Vielfaches reicher. So kommt ein Bericht des staatlichen statistischen Instituts INSEE<sup>28)</sup> zu dem Ergebnis, daß „der

<sup>28)</sup> INSEE, Die Entwicklung des Vermögens der Franzosen zwischen 1949 und 1975, vgl. dazu: *Le Monde* vom 11. und 18. 4. 1978 sowie Jean-Claude Colli, *L'Inégalité par l'argent* Paris 1975, und INSEE, *Données Sociales*, 3ème édition 1978, siehe auch: Klaus-Peter Schmid, Wie reich sind die Franzosen, in: *Die ZEIT* vom 31. 3. 1978.

Vermögensabstand zwischen dem reichsten und ärmsten Zehntel der Bevölkerung sich fast verdoppelt hat“.

In Zahlen ausgedrückt heißt das, daß sich die Kluft zwischen Arm und Reich bei den Vermögen von 1 zu 15,7 (1949) auf 1 zu 28,3 Prozent erweitert hat. Ein Drittel aller Haushalte besitzt zusammen lediglich 0,5 Prozent des gesamten privaten Vermögens; mit anderen Worten: maximal 10 000 Francs pro Haushalt. Am oberen Ende der Wohlstandstabelle teilen sich dagegen zehn Prozent aller Haushalte 50 Prozent des Reichtums: sie verfügen jeweils über 500 000 Francs oder mehr.

Insgesamt, so urteilt ein Bericht des CREP<sup>29)</sup>, muß festgestellt werden, daß in Frankreich die Vermögensungleichheit zweimal größer ist als bei den Einkommen, und ebenfalls bedeutend größer als in den übrigen westeuropäischen Industriestaaten.

Auch bei den Einkommen bestehen ähnliche Disparitäten. So verdienen im Januar 1978 80 % aller französischen Arbeitnehmer und 95 % aller Frauen weniger als 4 400 Francs (= DM 2 000,—) im Monat. Dabei erhielten 51 % aller Männer und 78 % aller Frauen sogar weniger als 2 935 Francs (= DM 1 400,—) im Monat; der französische Durchschnittslohn lag bei 2 900 Francs bei den Männern und bei 2 100 Franc bei den weiblichen Arbeitnehmern. Vergleicht man solche Einkommen mit höheren, so ergibt sich ein „Einkommensfächer“ von 1 zu 13 zwischen Hilfsarbeiterinnen und leitenden Verwaltungsangestellten in der Industrie.

Die beiden folgenden Tabellen sollen solche Disparitäten erläutern helfen:

<sup>29)</sup> Vgl. dazu: *Le Monde*, *L'Année Economique et Sociale*, 1977: *La Langueur*, Dossiers et Documents Januar 1978, S. 123, und Robert Lattès, *La Fortune des Français*, Editions J.-C. Lattès, Paris 1977.

Tabelle 4

Verteilung der Arbeitnehmer (in %)   
 gemäß ihrem Einkommen in Industrie und Handel am 1. 1. 1978

Monatslohn (nach Abzug der Sozialbeiträge)	Männer	Frauen	Gesamt
weniger als 1470 F	7,6	15,4	10
zwischen 1 470 und 2 200 F	16,9	38,5	23,8
„ 2 200 und 2 935 F	26,1	24	25,4
„ 2 935 und 4 400 F	29,5	16,4	25,4
„ 4 400 und 5 870 F	9,5	3,7	7,6
„ 5 870 und 7 335 F	4,1	1,1	3,2
„ 7 335 und 10 270 F	3,4	0,6	2,5
„ 10 270 und 11 740 F	6,8	0,1	0,6
„ 11 740 und 17 600 F	1,4	0,2	1
über 17 600 F	0,7	—	0,5

Quelle: Le Monde, Dossiers: La Langueur, 1978, S. 54

Übertragen auf die einzelnen Berufe in Industrie und Handel, verdienten am 1. 1. 1978:

Tabelle 5

Berufsgruppe	in Tausend		Monatslohn (nach Abzug der Sozialbeiträge) in Francs	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
<i>höhere Kader</i>	453,4	49,5	10 225	6 440
darunter: Ingenieure, leitende	118,6	4,4	8 695	6 960
Angestellte	304,5	32	11 110	7 175
<i>Mittlere Kader</i> (z. B. Techniker)	969,1	323,4	5 210	3 565
Angestellte	948	1 611,5	3 330	2 545
<i>Meister</i>	398,4	40,2	4 490	3 672
<i>Arbeiter</i>	4 966	1 293,6	2 800	1 980
darunter: Facharbeiter	2 707,4	348,1	3 055	2 250
angelernte Arbeiter	1 694,8	741,7	2 570	1 930
Hilfsarbeiter	489,2	203,7	2 120	1 690
<i>Dienstpersonal</i>	161	364,1	1 721	1 975
<i>Lehrlinge</i>	220,6	1,3	1 047	1 274
<i>Andere</i>	9,2	2,3	3 810	3 725
Summe	8 125,7	3 775,9	3 605	2 393

Quelle: Le Monde, Dossiers: La Langueur, 1978, S. 55

Betrachtet man nicht nur die hier aufgeführten Einkommen, sondern bezieht in einen Vergleich auch extreme Einkommenspole mit ein, wie z. B. Rentner, die Anfang 1978 ganze 30,16 F pro Tag (= ca. 915 F pro Monat) erhielten, und die Generaldirektoren großer Industriekonzerne, ergibt sich ein Einkommensunterschied von 1 zu 48. Das Bestürzende an solchen Unterschieden ist nicht die Höhe, sondern die Tatsache, daß Rentner und die untersten Lohngruppen am Rande des Existenzminimums (wenn nicht oft sogar darunter) leben müssen.

Auf die Ungleichheit im Gesundheitswesen, im Wohn- und Freizeitbereich kann hier nicht eingegangen werden. Sie korrelieren aber mit den oben aufgezeigten Einkommensdisparitäten.

Neben diese Faktoren tritt ein weiterer, der ganz besonders die unteren Einkommenschichten trifft: die Höhe der Mehrwertsteuer (T.V.A.). Frankreich kennt im Gegensatz zu seinen Nachbarn nicht nur keine Vermögenssteuer sowie nur eine äußerst bescheidene Erbschaftssteuer, sondern auch nur eine relativ geringe Einkommenssteuer, deren Progressionssätze erst bei hohen Einkommen ansetzen, so daß diese Steuer nur 20 Prozent aller Steuereinkünfte des Staates ausmacht. Das Gros aller Steuereinnahmen bringt die sogenannte T.V.A., die vor allem kinderreiche Familien besonders hart trifft, da — abgesehen von wenigen Grundnahrungsmitteln — auf Lebensmittel und Gebrauchsgütern ein Steuersatz von durchschnittlich 16—33 Prozent liegt. Am Beispiel einer sechsköpfigen Familie mit ca. 4 500 Franc Einkommen (einschließlich Kindergeld, Wohngeld und Hausfrauengeld für die nichtberufstätige Mutter) bedeutet dies, daß eine solche Familie monatlich etwa 800 Francs bzw. knapp 20 Prozent ihres Einkommens als indirekte Steuer an den Staat abführt<sup>30)</sup>.

Die Diskussion über eine gerechtere Steuer- verteilung nahm deshalb im Wahlkampf einen ebenso großen Stellenwert ein wie die Erhöhung des Mindestlohns. Alle Parteien versprachen eine gerechtere Belastung, wie dies schon Staatspräsident Giscard d'Estaing bei seinem Amtsantritt 1974 getan hatte, ohne jedoch dieses Versprechen verwirklicht zu ha-

ben. Auch nach der Wahl scheint sich in diesem Bereich fast nichts zu ändern, da die Vorstellungen der Regierungsparteien zu heterogen sind. Die Gaullisten erklärten klipp und klar, daß sie eine ihre Wählerschaft belastende Vermögensteuer ablehnen; auch eine Änderung der T.V.A. wird zurückgewiesen. Damit müssen zunächst Hoffnungen auf eine Korrektur dieses ungerechten Steuersystem begraben werden.

### Eine zergliederte Gesellschaft

Summiert man die hier aufgeführten wichtigsten Faktoren der französischen Sozialstruktur, so läßt sich abschließend die französische Gesellschaft mit René Lasserre<sup>31)</sup> in fünf ziemlich voneinander abgegrenzte Gruppen unterteilen:

Auf der untersten Stufe dieser Gesellschafts- pyramide steht mit etwa 50 Prozent der Bevölkerung die „Gruppe der Benachteiligten und der Beherrschten“, zu der Lasserre die Landarbeiter, das Dienstpersonal und die Arbeiter rechnet. Diese Gruppe ist gekennzeichnet durch die niedrigsten Einkommen sowie die härtesten Lebensbedingungen.

Die zweite Gruppe besteht aus den „kleinen Kapitalisten“, also aus Handwerkern, Klein- händlern<sup>32)</sup> und Kleinagrariern. Zwar haben sie gegenüber der ersten Gruppe den Vorteil, selbständig bzw. relativ unabhängig zu sein, doch verfügen sie trotz harter Arbeit nur über ein bescheidenes Einkommen und sind wirtschaftlich durch Strukturveränderungen in ihrem Tätigkeitsbereich bedroht.

Darüber befinden sich die „White Collar“- Angestellten, eine expandierende Gruppe mit relativ guten Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten. Zwar muß dies für die kleinen Angestellten eingeschränkt werden, doch gibt es für diejenigen mit guter Berufs- und Schul- bzw. Hochschulausbildung interessante soziale Auf- stiegsmöglichkeiten.

An der Spitze dieser Pyramide stehen nach Lasserre zwei „Minderheitengruppen, die die herrschende Klasse bilden“:

— Den einen Teil stellt die traditionelle Bourgeoisie mit Industriellen, Großhänd- lern, gut verdienenden Freiberuflern und großen Landwirten. Obwohl nur

<sup>30)</sup> Vgl. den Fernsehfilm: Klassenkampf auf Fran- zösisch, zitiert bei: Jürgen Nebel, Frankreich hat gewählt — Aktuelle Unterrichtsmaterialien 5, Bei- hefter zu Geographische Rundschau 30 (1978) H. 3, S. 5.

<sup>31)</sup> Lasserre, a. a. O., S. 9 ff.

<sup>32)</sup> Vgl. dazu: Hans M. Bock, Neo-Poujadismus als Symptom, in: Lendemains Nr. 2/1975.

2 Prozent der Bevölkerung, stehen sie aufgrund ihrer Privilegien und des durch Erbschaft angehäuften Vermögens an der Spitze aller Einkommen und Vermögen.

- Den anderen Teil bildet die aus höheren Beamten, leitenden Angestellten und Ingenieuren bestehende Technokratie. Wesentlicher Bestandteil ihres Einflusses und ihres hohen Einkommens ist ihre intellektuelle Kompetenz, die sie sich in zahlreichen Fällen auf den „Grandes Ecoles“ angeeignet haben. Das Besondere dieser Schicht liegt in ihrer Selbstrekrutierung, indem ihre Mitglieder nicht nur Absolventen derselben „Hohen Schulen“ sind und damit die gleiche „Sprache“ sprechen, sondern in der Regel aus dem gleichen sozialen Milieu stammen<sup>33)</sup>.

Nach Lasserre finden innerhalb der Pyramide keine wirklich gründlichen Durchdringungen statt, sondern allenfalls schwache Stufenverschiebungen zwischen nahe beieinander liegenden Schichten. Aufstiegsmöglichkeiten sind somit weitgehend ausgeschlossen.

Ob es der alten bzw. neuen Regierung unter Raymond Barre gelingen wird, die notwendigen und längst überfälligen Reformen im Bereich der Sozial- und Fiskalpolitik durchzu-

<sup>33)</sup> Vgl. dazu: *Michel Crozier, La Société bloquée*, Paris 1970, S. 157 ff.

führen und damit ein sich erneut abzeichnen- des Konfliktpotential innerhalb der unteren Schichten, gekoppelt mit starker Arbeitslosigkeit, weiteren Entlassungen sowie einer akademischen Jugend mit zunehmend geringer werdenden angemessenen Berufsaussichten, zu neutralisieren, scheint fraglich. Die Regierungserklärung vom 19. April 1978 mit ihrem Hinweis auf „die im Oktober 1976 begonnene Sanierungspolitik“ (mit anderen Worten: das Beibehalten des Austeritätskurses) sowie auf eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen schließt durchgreifende strukturelle Sozialreformen aus.

Andererseits ist ihr Spielraum zur Beibehaltung des sozialen Status quo wegen der im Wahlkampf geweckten sozialen Hoffnungen in breiten Schichten der Gesellschaft relativ schmal. Die Regierung wird somit allein aufgrund der Tatsache, daß sich fast 50 Prozent der Bevölkerung im Umfeld des Existenzminimums befinden, nicht umhin können, im Sozialsektor aktiver zu werden als bisher. Denn „die Not und die Privilegien zu beseitigen, die Diskriminierung zu bekämpfen — das fordert die Gerechtigkeit“, so Staatspräsident Giscard d'Estaing in seinem Buch „Französische Demokratie“<sup>34)</sup>.

<sup>34)</sup> *Valéry Giscard d'Estaing, Französische Demokratie*, Frankfurt 1977.

# Rousseau – Kulturphilosoph und Staatsdenker

## Zur 200. Wiederkehr des Todestages

Im Jahre 1778, vor nunmehr zwei Jahrhunderten, starben *Voltaire* (am 30. Mai) und *Rousseau* (am 2. Juli). Binnen kurzer Frist traten somit zwei Männer von der Bühne ab, die die geistigen Strömungen und Auseinandersetzungen nicht nur des französischen Sprachraumes für mehrere Jahrzehnte weitgehend mitbestimmt, ja streckenweise beherrscht hatten. Sie sind Rivalen gewesen, haben einander befehdet, wobei jeder den anderen im Grunde wohl respektiert hat.

*Voltaire* gelangte zu seinen Lebzeiten zu beinahe gleichmäßig anwachsendem Ruhm; *Rousseau*, durch seine Hauptwerke je eine heftige Diskussion auslösend, hat von Fall zu Fall eher schockartig gewirkt. *Voltaire* zuzuschreibende Einflüsse im einzelnen nachzuweisen, bereitet einige Mühe, weil seine Leistung in das Ganze der Aufklärung, als deren Aufgipfelung man ihn ansehen mag, eingegangen ist. Anders ist dies bei *Rousseau*, der, wenn *Heinrich Mann* recht hat, „von allen, die je geschrieben, den größten, greifbarsten Erfolg gehabt“<sup>1)</sup>

hat. *Rousseau*, von der Aufklärung ausgehend, hat deren Rahmen durch das Wagnis gesprengt, ihrem Intellektualismus oder Rationalismus eine Hingabe an das Gefühl hinzuzufügen. Auf die Spannung, die dieses Bemühen in sein Werk hineinbringen mußte — eine Spannung, die offenbar schon in ihm selbst angelegt war —, ist mancher leicht festzustellende Widerspruch zurückzuführen. Aber wirksam geworden bis in das folgende Jahrhundert hinein ist *Rousseau* gerade durch den die Aufklärung deutlich überschreitenden Teil seines Gedankengutes, also durch jene Hinwendung zum Gefühl, zur Empfindsamkeit, durch seinen Irrationalismus oder Emotionalismus. Dort setzen die Linien an, die von ihm zum Sturm und Drang, zur deutschen Klassik, zur gesamten europäischen Romantik führen; von daher kommt auch sein Einfluß auf *Kant*, der gestanden hat, *Rousseau* habe ihn „zurecht gebracht“, und dessen „Kritik der praktischen Vernunft“, wie man gesagt hat, ohne jenen speziellen Anstoß kaum denkbar wäre.

## Leben und Werke

Jean-Jacques Rousseau, geboren 1712 in Genf als Sohn eines Uhrmachers aus ursprünglich französischer Familie, verliert ganz früh seine Mutter und als Zehnjähriger den Vater, als sich dieser durch Flucht einer drohenden Strafverfolgung entzieht. In eine Handwerkslehre gegeben, rückt der Halbwüchsige aus und wandert hinüber ins nahe Savoyen. Dort nimmt sich eine vierzehn Jahre ältere adelige Dame seiner an, die den getauften Calvinisten zum Katholizismus bekehrt und ihm zu mehr und anderem als nur der „maman“ wird, als die er sie tituliert. Die Beziehung zu dieser Madame de Warens bestimmt seinen Lebensweg bis etwa 1740: eine Zeit nicht streng geregelter Studien, wechselnder Tätigkeiten, zwischendurch des Umherschweifens — so etwas wie bürgerliche

Seßhaftigkeit hat er eigentlich niemals kennengelernt.

Danach ist er Hauslehrer in Lyon, kommt nach Paris und in dortige Salons, arbeitet an einer Oper, amtiert zeitweilig als Sekretär des französischen Gesandten in Venedig. Aus seiner Verbindung mit einer gänzlich ungebildeten Frau aus der Unterschicht gehen fünf Kinder hervor, die er, bald darauf ein wortmächtiger Theoretiker der Erziehung, jeweils im Hospice des Enfants trouvés, zu deutsch Findelhaus, abliefern. Nun aber der Schriftsteller: Obwohl er schon in den vierziger Jahren für die berühmte Enzyklopädie, das Standardwerk der französischen Aufklärung, geschrieben hat, sieht man die Reihe seiner Hauptwerke erst 1750 eröffnet. Die Akademie von Dijon hatte im Jahre zuvor die Frage gestellt, ob durch die Wissenschaften und Künste die Sitten verbessert oder verdorben worden seien. Die

<sup>1)</sup> Essay „Geist und Tat“ (1910). Neudruck in: Heinrich Mann, Politische Essays, Frankfurt a. M. 1968, S. 7.

preisgekrönte, größtes Aufsehen erregende Arbeit, die ein schon nicht mehr ganz junger, aber bis dahin fast unbekannter Autor einreichte, ist als Rousseaus „Erster Discours“ („Discours sur les sciences et les arts“) in die Geistesgeschichte eingegangen.

Es folgten 1755 ein „Zweiter Discours“ („Über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen“), 1761 der Roman „Julie oder die neue Heloise“, dann 1762 kurz nacheinander die Schrift über den Gesellschaftsvertrag („Du contrat social ou principes du droit politique“) und „Émile oder Über die Erziehung“. Vom Spätwerk sind zu nennen die autobiographischen „Bekenntnisse“, die nicht nur Hermann Hesse unter die großen Werke der Weltliteratur eingereiht hat. Noch einmal ins Feld der Staatslehre führt eine in den siebziger Jahren erschienene Schrift über die Verfassung Polens, die übrigens auf eine von polnischer Seite ergangene Aufforderung zurückgeht. Welche Beachtung das umfangreiche und vielschichtige Gesamtwerk fand, ersieht man auch daraus, daß noch vor Ende des Jahrhunderts eine elfbändige deutsche Gesamtausgabe veröffentlicht wurde, der eine gleich vollständige Publikation hierzulande freilich nicht gefolgt ist. Daß Rousseau „mit einer Feder, die das Papier, das sie berührt, verbrennt“, geschrieben habe, hatte schon der Widersacher Voltaire zugestanden.

Die Stationen des Lebensweges, soweit dieser in die zweite Jahrhunderthälfte fällt, sind hier nicht einzeln aufzuführen. Da gibt es einen zweiten Bekenntniswechsel, die Rückkehr zum

## Abfall von der Natur

Den Ersten Discours von 1750, die Antwort auf die Preisfrage der Akademie von Dijon, hat Rousseau in einem später nachgeschobenen „Avertissement“ eine „höchstens mittelmäßige Arbeit“ genannt. Tatsächlich bemerkt man Mängel im Aufbau und in den logischen Ableitungen. Dies gilt aber auch für die meisten der späteren Schriften. *Descartes* und *Spinoza*, um nur diese zu nennen, haben anders geschrieben. Der Denker Rousseau — darin konsequent, daß er dem von ihm gepriesenen Gefühl in und bei sich selbst freien Lauf ließ — ist als Schriftsteller immer auch ein Dichter gewesen. Dies trifft, gewiß in beschränktem Maße, sogar für die Staatslehre zu, in der man, bei einer für diesen Verfasser ziemlich stren-

gung Protestantismus Genfer Prägung. Da gibt es, wie zuvor, Damen der Gesellschaft, die den jedenfalls interessanten Zeitgenossen protegieren, und adelige Mäzene, die ihm unter die Arme greifen. Da gibt es aber auch eine Flucht aus Frankreich, als der „Émile“ — durch das dort eingefügte „Glaubensbekenntnis des savoyischen Vikars“ christlicher Dogmatik widersprechend — der Zensur zum Opfer fällt. Rousseau hält sich erst in der Schweiz, dann in England auf, wohin ihn *David Hume* mitgenommen hat, der dafür nur Undank erntet. Aber der Tod ereilt den Heimatlosen dann doch in Frankreich. Daß der Sechsendsechzigjährige durch Selbstmord geendet habe, ist behauptet, aber auch entschieden bestritten worden. Die Gebeine, zunächst auf der Lande bestattet, wurden während der Revolution auf Veranlassung *Robespierres* ins Pariser Pantheon überführt.

Viel bewundert und viel gescholten: das gilt für wenige der Großen, deren Namen in die Menschheitsgeschichte eingegangen sind, in solchem Maße wie für Rousseau. Umstritten waren und sind nicht nur seine Schriften, getadelt hat man auch seine menschlichen Eigenschaften. Der Hochsensible, Hochtalentierte ist offenbar ein unausgeglicherer, stimmungslabiler, wenig zuverlässiger Psychopath gewesen, der indessen die eigenen Schwächen sehr wohl erkannt und sich zuweilen bittere Vorwürfe gemacht hat. Als er in seiner Spätzeit an einer Art Verfolgungswahn litt, hat er die Grenze zur akuten Geisteskrankheit mindestens gestreift.

gen Systematik, Partien von bedeutender Sprachgewalt findet.

Die Akademie hatte nach dem Einfluß der Wissenschaften und Künste auf die Sitten gefragt. Ihn als höchst förderlich hinzustellen, hätte dem aufklärerischen, alle Geistestätigkeit begünstigenden Zeitgeist entsprochen. Rousseau aber urteilt genau entgegengesetzt. Zwar rühmt er einleitend, wohl um den Leser erst einmal anzuziehen, das „große und schöne Schauspiel, wie der Mensch gewissermaßen aus dem Nichts durch seine eigenen Anstrengungen hervorgeht, wie er durch das Licht der Vernunft die Finsternisse zerstreut, in die die Natur ihn hüllte“. Dann aber wird die Tonlage sogleich eine ganz andere. Hatte die Aufklä-

rung das Vernünftige mit dem Natürlichen ineingesetzt, so scheidet nun dieser Autor Natur und Kultur durch einen deutlichen Trennungsstrich, womit er manche spätere Kulturkritik im Kern vorwegnimmt. Der Mensch, ursprünglich gut, ist, so heißt es, verdorben worden. Der Weg, auf dem er den Naturzustand hinter sich ließ, um sich der Kultur zuzuwenden und sie dann fortschreitend zu vervollkommen, hat ins Unheil geführt. An die Stelle einer Einfachheit des Lebens, wirklicher Freiheit und einer wie selbstverständlich geübten Tugend ist allerlei Künstelei, Täuschung, Zwang getreten. Vergiftet, zumal durch eine fortschreitende Ungleichheit, sind die zwischenmenschlichen Beziehungen. Besonders verderblich, weil die Charaktere schwächend, ist der Luxus: die Völker, die sich ihm ergeben haben, sind gesunken, ja aus der Geschichte ausgestrichen worden.

Natürlich ist eine solche Schmähung alles dessen, was die Zeitgenossen als höchst schätzenswerte Errungenschaft ansahen, nicht unwidersprochen geblieben. Und da hat dann Rousseau, durchaus nicht unempfindlich gegen Kritik, auch einmal ein wenig eingelenkt. So erwiderte er dem Polenkönig *Stanislaus*, der sich gegen die Schrift ausgesprochen hatte, es sei keineswegs daran gedacht, die Bibliotheken zu verbrennen und die Universitäten zu schließen. „Wenn die Menschen korrumpiert sind, ist es besser für sie, gebildet zu sein als unwissend.“ Gewiß hat er nicht an die Möglichkeit geglaubt, zu einem wie auch immer vorgestellten Naturzustand zurückzukehren.

Der Zweite Discours von 1755 aber ist dann erneut von äußerster Radikalität. Die Wucht des Angriffs trifft diesmal allein die Ungleichheit. Deutlich unterschieden ist dabei die „natürliche oder physische“ von einer „moralischen oder politischen Ungleichheit“. Die erstere, gegeben mit den „Verschiedenheiten des Alters, der Gesundheit, der Körperkräfte und der seelischen Anlagen“, ist, das wird zugegeben, unaufhebbar. Zur verhängnisvollen moralischen oder politischen Ungleichheit — ihr wird auch die ökonomische Ungleichheit, der Unterschied von reich und arm, hinzugerechnet — ist es im Zuge des Abfalls von der Natur gekommen. Eine bemerkenswerte und zwar unrühmliche Rolle wird durch Rousseau der fortlaufenden Zunahme und Verdichtung der zwischenmenschlichen Beziehungen zugeschrieben. Hier unterstellt er so etwas wie einen Umschlag von Quantität in Qualität, wobei die gewonnene Qualität Verschlechterung be-

deutet. Bei dem ausdrücklichen Zugeständnis, daß der von ihm gepriesene „Naturstand“ nur erdacht und nicht historisch nachweisbar ist, sieht er in dem durch keine Kultur, zumal keine Reflexion verdorbenen Naturmenschen „ein Wesen, das einsam in den Wäldern umherirrt“ und dabei „ohne Bedürfnis nach Gemeinschaft mit anderen, aber auch frei von dem Wunsche, ihnen zu schaden“, ist. Einige Jahre danach wird der Verfasser im „*Émile*“ dem „Wunderbuch“ Robinson Crusoe, dem Bild des ganz auf sich allein gestellten Menschen, höchstes Lob spenden.

Doch beim isolierten Einzelmenschen ist es, und das bedauert der Bekenner eines entschiedenen, selbst in seiner Staatslehre noch transparenten Individualismus, nicht geblieben. „Vergessene und verschüttete Pfade haben den Naturmenschen zum Stand des Gesellschaftsmenschen geführt.“ Aber einiges erfährt man dann doch über diese Pfade. Als Stationen des Weges, der zum „Gesellschaftsmenschen“ oder „Kulturmenschen“ und damit zur „Entartung der Gattung“ führte, nennt Rousseau die Gründung fester Wohnsitze, den Zusammenschluß erst zu Horden, dann zu Völkerschaften, die Bearbeitung der Metalle und den Ackerbau, vor allem jedoch das Eigentum an Grund und Boden. Danach sind „viele scheinbar natürliche Ungleichheiten ein Werk der Gesellschaft“. Wiederum wird in solchem Zusammenhang der Luxus getadelt, und zwar durch die in unserer Zeit wohl bedenkenswerte Feststellung, „der ehemals freie und unabhängige Mensch“ werde „mit den stets wachsenden Bedürfnissen immer mehr verknechtet an die Natur und namentlich an seinesgleichen“. Es kommt zur Errichtung von Obrigkeiten und damit zur Scheidung in Herrschende und Beherrschte, schließlich in Herren und Sklaven. Was jene Entstehung des Staates betrifft, so nimmt Rousseau eine durch die Reichgewordenen im Wege der Täuschung erschlichene Machtergreifung an, womit er dem späteren Begriff des einer Besitzwahrung dienenden Klassenstaates nahekommt. Daß er ganz allgemein die bei mancherlei äußerem Glanz im Grunde morbide Gesellschaft seiner Zeit hat treffen wollen — eine Gesellschaft übrigens, die zu seinem Vorteil auszunutzen er sich nicht gescheut hat —, kann kaum bezweifelt werden.

Was im tief pessimistischen Zweiten Discours, wie zuvor im Ersten, völlig fehlt, ist das „Prinzip Hoffnung“. In beiden Schriften führt die Darstellung bis an eine Gegenwart heran, die



als beklagenswert hingestellt wird. Deutlicher konnte dem Glauben der Zeitgenossen, daß man soeben einen glücklichen Durchbruch erzielt habe und nun mit Sicherheit einer besseren Zukunft entgegengehe, kaum widersprochen werden.

Aber Rousseau ist bei seinem düsteren Geschichtsbild, dem Bild eines Niedergangs oder Verfalls, nicht stehengeblieben. Es ist nicht so,

## Der ideale Staat

Von Rousseaus staatstheoretischem Hauptwerk „Du Contrat social ou principes du droit politique“ hat, wie durch neuere Forschung erwiesen ist, eine Erstfassung um etwa 1755 vorgelegen. Ob der Verfasser zu dieser Zeit noch daran gedacht hat, das im Jahrzehnt zuvor geplante umfangreiche Werk über politische Institutionen zu schreiben, das niemals zustande kam, muß dahingestellt bleiben. Was die Publikation von 1762 betrifft, die breiteste Wirkung und eine Fülle höchst unterschiedlicher Urteile auslösen sollte, so hat er selbst sie ausdrücklich nicht zu seinen Hauptwerken gerechnet. „Das ist ein Buch, das neu geschrieben werden müßte“, hat er später zu einem Besucher bemerkt. Wahrscheinlich hat er mindestens einige der Mängel, auf die bis in unsere Zeit herein die Kritiker hingewiesen haben, selbst empfunden, vielleicht sogar erkannt, daß Konsequenzen gezogen werden konnten, die mit seinen eigenen Ansichten und Absichten unvereinbar waren.

Der Titel ist insofern ein wenig irreführend, als der Vorschlag, sich die Entstehung des Staates als durch Vertragsabschluß geschehen vorzustellen, keineswegs die Mitte einnimmt. Der Zusatz „Grundsätze des Staatsrechtes“ („principes du droit politique“) bezeichnet den Inhalt besser. Auch deutet er „den ideologischen, der Wirklichkeit entgegengestellten Charakter eines Sollens — entgegen dem Seins-Staate“ (Karl Vorländer)<sup>2)</sup> — an. Was nämlich das Buch nicht leisten sollte und tatsächlich nicht leistet, ist eine Schilderung der konkreten Staatenwelt, es sei dies eine damals vergangene oder die seinerzeitige. Wirklichkeitsfremd ist die Darstellung schon dadurch, daß, von wenigen Bemerkungen abgesehen, ausschließlich von dem Gemeinwesen die Rede ist, dem die Volkssouve-

<sup>2)</sup> Von Machiavelli bis Lenin, Leipzig 1926; S. 123.

als ob er an die Zukunft keinen Gedanken verschwendet habe. Sie hat er im Sinn gehabt, als er den „Émile“, das Buch über die Erziehung der Jugend, schrieb; ihr zugewandt ist auch die Schrift über den Gesellschaftsvertrag, den „Contrat social“. Mit dem Jahre 1762, in dem der Fünfzigjährige binnen kurzer Frist diese beiden Werke veröffentlicht, wird er zu einem Klassiker einmal der Pädagogik, zum andern der Staatsphilosophie.

ränität zugrunde liegt. Als „Staatsoberhaupt“ oder „Souverän“ erscheint durchweg die Gesamtheit der Staatsangehörigen. Dies gilt nicht nur für die Demokratie, sondern ausdrücklich auch für die Aristokratie und die Monarchie. Damit sind Regierung oder Obrigkeit auf der einen, Souverän auf der anderen Seite, in jedem Falle zweierlei, so daß hier, entgegen sonstigem Sprachgebrauch, selbst der Monarch keineswegs Staatsoberhaupt ist. Das Ganze der Stimmbürgerschaft als den „Souverän“ zu bezeichnen, ist übrigens nach wie vor in der Schweiz üblich, in der bei Wahlen oder Abstimmungen — gleichgültig, ob sie auf gemeindlicher, auf kantonaler, auf eidgenössischer Ebene stattfinden — von der Entscheidung des „Souveräns“ gesprochen wird.

Durch den gedachten Gesellschaftsvertrag entstanden ist, so sagt Rousseau, „ein geistiger Gesamtkörper, der aus so vielen Gliedern besteht, wie die Versammlung Stimmen hat, und der durch eben diesen Akt seine Einheit, sein gemeinsames Ich, sein Leben und seinen Willen erhält“. In diesen Körper hinein, und damit „als Gemeingut unter die oberste Leitung eines gemeinsamen Willens“, gibt jeder „sich selbst und alles, was er vermag“. Ist das nun die Preisgabe aller persönlichen Freiheit? Die Frage wäre zu bejahen, würde nicht im gegebenen Zusammenhang der Freiheitsbegriff modifiziert. Der einzelne Bürger ist frei, so erfahren wir zu unserer Überraschung, wenn sein individueller Wille mit dem allgemeinen Willen übereinstimmt. Er kann sogar gezwungen werden, frei zu sein: gemeint ist mit der erstaunlichen Wendung das der Gesamtheit ausdrücklich zugestandene Recht, das widerstrebende Mitglied zur Anerkennung der *volonté générale* zu zwingen.

Nun aber zur *volonté générale* und damit zum wichtigsten, ja wohl einzigen ganz originellen

Begriff im „Contrat social“. Dieser allgemeine Wille oder Gemeinwille, so Rousseau, ist „beständig der richtige“, weil er „immer auf das allgemeine Beste abzielt“. Oft aber sei „ein großer Unterschied zwischen dem Willen aller und dem allgemeinen Willen; letzterer geht nur auf das allgemeine Beste aus, ersterer auf das Privatinteresse und ist nur eine Summe einzelner Willensmeinungen“. Der allgemeine Wille ist also nicht in dem Sinn allgemein, daß die Gewähr besteht, daß alle ihm zustimmen; seine Allgemeinheit besteht darin, daß er auf das allgemeine Beste, das Gemeinwohl, gerichtet ist. Dieses aber kann durch eine ihren Willen bekundende Bürgerschaft sehr wohl verfehlt werden, und verfehlt wird es, wenn die „volonté de tous“, der in partikularen Interessen gründende Wille aller — der, entgegen dieser Bezeichnung, auch ein Mehrheitswille sein kann —, in einem Falle zum Ausdruck kommt, in dem er der *volonté générale* zuwiderläuft.

Mit seiner „volonté de tous“ rückt Rousseau, hier nüchterner Realist, die allemal gegebenen divergierenden, nicht auf eine höhere Einheit hin ausgerichteten Interessen ins Blickfeld. Indem er sie der *volonté générale* konfrontiert, nimmt er vorweg, was *Hegel* — dieser vielleicht durch ihn beeinflusst — und *Lorenz von Stein* im folgenden Jahrhundert als das Spannungsverhältnis von Gesellschaft und Staat dargestellt haben. Aber er will das „Privatinteresse“, die „einzelnen Willensmeinungen“, nicht einfach wuchern lassen, denkt hier sogar an institutionelle Vorkehrungen. Es soll, so dekretiert er recht verwegen, „keine partielle Verbindung“ innerhalb des Staates bestehen. Verworfen, als dem Erkennen und der Durchsetzung der *volonté générale* hinderlich, werden damit die heute so genannten Interessengruppen oder Verbände. Sind sie nicht zu beseitigen, so „muß man ihre Anzahl vermehren und ihrer Ungleichheit vorbeugen“. Heben sie einander einigermaßen auf — das ist hier richtig erkannt —, so ist ein Raum ausgespart, der einer nicht primär an die Gruppeninteressen gebundenen Entscheidung zugute kommt. Offenbar ist mit der *volonté générale* die in die Staatsphilosophie reichende Frage angeführt, ob es ein a priori vorhandenes, allem Willensentscheid voraufliegendes Gemeinwohl überhaupt gibt — was, um es vorsichtig auszudrücken, heutzutage nicht jedermann zugeben wird — oder ob das *bonum commune*, oder was seine Stelle einnehmen soll, allemal nur die Resultante aus zunächst divergierenden

Interessen, Meinungen, Bestrebungen, damit jedoch im Regelfalle errechenbar ist.

Ist Rousseau der gesellschaftliche Pluralismus unheimlich gewesen, so haben zwei andere, noch wesentlichere Merkmale der modernen Demokratie seinen Beifall ebensowenig gefunden: die Repräsentation im Sinne einer befristeten Machtübergabe an frei gewählte Vertreter und die Gewaltentrennung. Sein Bekenntnis gilt der direkten Demokratie, und es gibt keinen Zweifel, daß er an die kleinen Republiken seiner schweizerischen Heimat gedacht hat. So nennt er als Voraussetzung „einen sehr kleinen Staat, in dem das Volk leicht zu versammeln ist und jeder Bürger genügende Gelegenheit hat, alle anderen kennenzulernen“. Später hat er in seinen Vorschlägen zur Verfassung Polens in der „Größe der Nationen, Ausdehnung der Staaten“, die „hauptsächliche Quelle der Mißstände, die die Kulturvölker untergraben“, gesehen und in diesem Zusammenhang eine weitgehende Aufgliederung des polnischen Staatskörpers — „das System der Föderativ-Verfassung, der einzigen, welche die Vorzüge der großen und der kleinen Staaten vereinigt“ — empfohlen. Bis in unsere Zeit herein blieb in kurzschlüssiger Rousseau-Kritik immer wieder unbenutzt, daß der Genfer bei seinen Forderungen oder Wunschvorstellungen ausschließlich den Kleinstaat — wir müssen inzwischen sogar sagen: Kleinstaat — vor Augen gehabt hat. Weitere Erfordernisse, durch die das Ganze mindestens für uns Heutige in den Bereich der Utopie entrückt erscheint, sind für ihn eine „große Einfachheit der Sitten“ und eine „fast vollkommene Gleichheit in bezug auf Stand und Vermögen“; wiederum werden bei solcher Gelegenheit Luxus und Reichtum verurteilt.

„Gäbe es ein Volk von Göttern, so würde es sich demokratisch regieren. Eine so vollkommene Regierung paßt für Menschen nicht.“ Rousseau, der das Demokratie-Kapitel im 3. Buch des „Contrat social“ in diese überraschenden Sätze ausklingen läßt, hat die beinahe unabsehbaren Schwierigkeiten erkannt, die sich der Errichtung und Bewahrung eines demokratischen Gemeinwesens entgegenstellen. Die Republik, dies vor allem wünscht er zu betonen, gedeiht nur in dem Maße, in dem der allgemeine Wille, wie er ihn versteht, gegenüber den divergierenden Meinungen und Interessen sich durchsetzt. Und eben hier zweifelt er: die Stärke der menschlichen Selbstsucht, die er in früheren Texten als den „amour-propre“ getadelt hat, stellt er in seiner

Staatslehre voll in Rechnung. So ist denn die Schrift über den Gesellschaftsvertrag mißverstanden, wenn man ihr das Modell für einen ohne weiteres zu errichtenden Staat entnehmen zu können glaubt. Rousseau „unternimmt den Versuch, einen Idealstaat zu konstruieren. Dabei will er die Prinzipien und Strukturen aufzeigen, die einen idealen Staat bestimmen sollten, ohne dabei anzunehmen, daß es diesen Staat je geben würde“ (Friedrich Glum<sup>3)</sup>).

Unüberhörbar ist jedenfalls ein dringender Appell. Der Autor, „durch und durch Moralist“ (Iring Fetscher<sup>4)</sup>), ruft nach dem Staatsbürger. „Ihr habt alles, wenn ihr Bürger bildet“: das hat er schon im Enzyklopädie-Artikel „Über die politische Ökonomie“ von 1755 geschrieben, nachdem er im Ersten Discours beklagt

## Wirkungen und Urteile

Daß Rousseau sein staatstheoretisches Hauptwerk nicht als sein letztes Wort zur Sache angesehen hat, wurde bereits bemerkt. Der dort niedergelegten Lehre gibt er schon nach zwei Jahren in den „Briefen vom Berge“ („Lettres écrites de la montagne“, 1764) „eine solche Elastizität der Begriffe und der Argumente, daß sozusagen der ganze Montesquieu einschließlich der Gewaltenteilung, der Zwischeninstanzen und selbst des Repräsentativsystems in ihr Platz finden kann“ (Ernst Reibstein<sup>5)</sup>). Zu einem der Wegbereiter der Französischen Revolution ist er dann nur dadurch geworden, daß man den „Contrat social“ recht eng interpretierte. Er selbst hat von gewaltsamem Umsturz nichts wissen wollen und sich noch in seiner Spätzeit als einen Mann bezeichnet, „der den allerhöchsten und aufrichtigsten Respekt vor den nationalen Gesetzen und Verfassungen fühlt und den höchsten Abscheu vor Revolutionen und Verschwörern hegt“. Im übrigen ist für ihn, der einen allgemeinen Niedergang diagnostiziert und die Möglichkeit, sich daraus emporzuarbeiten, recht zurückhaltend eingeschätzt hatte, speziell das zeitgenössische Frankreich ein nahezu hoffnungsloser Fall gewesen. Darüber, daß er sich vom jakobinischen Terror, wenn er diesen erlebt hätte, mit Ent-

hatte, daß es „keine Bürger mehr“ gebe. Im 1. Buch des „Contrat social“ bringt er in sein Menschenbild einen freundlicheren Zug hinein, indem er den Menschen, der den „Stand der Natur“ hinter sich gelassen hat, für fähig hält, einen „staatsbürgerlichen Zustand“ zu erreichen. Dieser Status einer höheren Moralität ist dadurch gekennzeichnet, daß im individuellen Verhalten „Gerechtigkeit an die Stelle des Instinktes tritt und sich in den Handlungen der sittliche Sinn zeigt, der ihnen vorher fehlte“; vernommen wird nun die „Stimme der Pflicht“. Erscheint auf solche Weise des Verfassers Pessimismus einmal ein wenig abgeschwächt, so bleibt dieser Grundton, der das Gesamtwerk durchzieht, doch auch in dieser Schrift vernehmbar.

setzen abgewandt haben würde, kann es überhaupt keinen Zweifel geben.

Tatsächlich haben sich während der Revolution nicht nur deren radikale Verfechter auf ihn berufen. Daß das Buch vom Gesellschaftsvertrag nicht zum Umsturz, wohl aber zur Verwirklichung einer wie auch immer verstandenen Freiheit aufgefordert hatte, wurde nicht etwa durchweg übersehen. So „fiel es den Gegnern Robespierres leicht, daraus Sätze zu zitieren, um damit gegen den Zwang und den Zentralismus des Wohlfahrtsausschusses zu polemisieren“<sup>6)</sup>. In jüngster Zeit wurden für einen in London vorgelegten Forschungsbericht nicht weniger als sechsunddreißig schon um 1790 in Frankreich erschienene Flugschriften untersucht, deren Autoren bemüht gewesen sind, die Unvereinbarkeit des revolutionären Geschehens, zumal der Beschlüsse der Pariser Versammlung, mit Rousseaus Vorstellungen und Absichten nachzuweisen<sup>7)</sup>. Wenn Iring Fetscher den Verfasser des „Contrat“ — aber eben auch anderer Schriften — einen Konservativen nennt, so geschieht das, wie er gleich hinzufügt, nicht aus einer Neigung zum Paradox<sup>8)</sup>; Bertrand de Jouvenel, den er er-

<sup>3)</sup> Philosophen im Spiegel und Zerrspiegel, München 1954, S. 177.

<sup>4)</sup> Rousseau der konservative Denker und seine revolutionären Folgen, jetzt in: Iring Fetscher, Herrschaft und Emanzipation, München 1976, S. 141.

<sup>5)</sup> Volkssouveränität und Freiheitsrechte, Band II, Freiburg/München 1972, S. 203.

<sup>6)</sup> Eberhard Naujoks, Die Französische Revolution und Europa, Stuttgart 1969, S. 18.

<sup>7)</sup> Über diese von Joan McDonald geschriebene Arbeit vgl. Iring Fetscher (s. Anm. 4), S. 156 ff.

<sup>8)</sup> Fetscher (s. Anm. 4), S. 135. Ebenda, S. 118 f., weist Fetscher darauf hin, daß man bei dem hochkonservativen Friedrich Julius Stahl einen Freiheitsbegriff findet, der mit demjenigen Rousseaus weitgehend übereinstimmt.

wähnt, hat nicht viel anders geurteilt. Für Friedrich Glum ist Rousseau im Grunde „ein tief religiöser Mensch“ gewesen, dessen politisches Werk nur von daher zu verstehen sei<sup>9)</sup>.

Lang ist die Reihe der liberalen Autoren, die mehr oder weniger leidenschaftlich beklagt haben, daß der „Contrat“ das Individuum mit allem, was es ist und was es hat, ohne jede schützende Vorkehrung zur Disposition der als Gesetzgeber fungierenden Gesamtheit stellt; tatsächlich ist kaum eine andere Partie in der Schrift in gleicher Weise angreifbar. Die Linie dieser Kritik fortsetzend, ist man in unserer Zeit so weit gegangen, dem Genfer eine Mitschuld an den Diktatorsystemen des 20. Jahrhunderts anzulasten. Hierhin gehört J. L. Talmon mit seinem Buch „Die Ursprünge der totalitären Demokratie“<sup>10)</sup>, gehört aber auch Bertrand Russell, der Hitler kurzerhand eine „Folgeerscheinung Rousseaus“ genannt hat<sup>11)</sup>.

Bei näherem Zusehen jedoch erweist sich der Verfasser des „Contrat“ als „dauernder Mahner gegenüber der demokratischen Wirklich-

keit“, der von den Menschen fordert, „daß sie aus den Grenzen ihres partikularen Bewußtseins heraustreten und in das Wissen und die Verantwortung eines gehobeneren Daseins, in den Zustand des Bürgers und zugleich in die wahre Teilhabe an der Gemeinschaft hineinwachsen“ (Max Imboden)<sup>12)</sup>. Er hat gewußt, daß die Republik, um Bestand zu haben, geistig-sittlicher Kräfte bedarf. Und diese von ihm gewollte Republik nennt er „eine moralische Person, deren Leben in der Verbindung ihrer Glieder besteht“. Was er auf solche Weise verneint, ist der vom Volke abgetrennt dastehende Staat; was er fordert, ist das Gemeinwesen, das in einem dauernden Zusammenwirken freier, nur ihrem Gewissen verpflichteter Bürger seinen Bestand hat. Im Deutschland des vorigen Jahrhunderts hat Otto von Gierke, der Historiker des Genossenschaftsrechtes, dazu aufgerufen, „den Staat in das Volk zurückzuverlegen“<sup>13)</sup>. Noch überdauert hierzulande ein Etatismus, der im Staate ein eigenständiges, sozusagen personhaftes Wesen sieht. Wer sich dieser Auffassung widersetzt, was nicht das Bekenntnis zur identitären Demokratie im Sinne einer Aufgabe des Repräsentativsystems und der Gewaltenteilung bedeuten muß, ist Republikaner in der Nachfolge von Jean-Jacques Rousseau.

---

<sup>9)</sup> Friedrich Glum, Jean Jacques Rousseau — Religion und Staat, Stuttgart 1956, S. 29.

<sup>10)</sup> Englische Originalausgabe: The Origins of Totalitarian Democracy, deutsche Übersetzung Köln und Opladen 1961.

<sup>11)</sup> Philosophie des Abendlandes (History of Western Philosophy, dt.), Frankfurt a. M. 1950, S. 567.

---

<sup>12)</sup> Rousseau und die Demokratie, Tübingen 1963, S. 24/25.

<sup>13)</sup> Das deutsche Genossenschaftsrecht, Erster Band (1868), Neudruck Graz 1954, S. 655.

## **Michael Kreile: Die Bundesrepublik Deutschland — eine „économie dominante“ in Westeuropa?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/78, S. 3—17

Inmitten einer von Krisen erschütterten Weltwirtschaft erscheint vielen die Bundesrepublik als eine Insel der Stabilität. Andererseits sehen nicht wenige ausländische Beobachter die Gefahr, daß die Bundesrepublik Deutschland kraft ihrer Wirtschaftsstärke zu einer Hegemonialmacht wird, die ihren europäischen Partnern ihre politischen Zielvorstellungen zu diktieren vermag. Das von dem französischen Ökonomen François Perroux entwickelte Konzept der „économie dominante“ dient als Ausgangspunkt für die Erörterung der Frage, inwieweit die Bundesrepublik Deutschland zu einer dominierenden Wirtschaft innerhalb Westeuropas geworden ist. Zu diesem Zweck werden eine Reihe von Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Außenhandelsverflechtung, Direktinvestitionen und Währungsreserven herangezogen. Der Schlüssel zur Wirtschafts- und Währungsstärke der Bundesrepublik liegt in der Strategie des exportorientierten Wachstums, welche die Zielgrößen Expansion und Stabilität verband. Die Krisen der siebziger Jahre — der Zerfall des Bretton-Woods-Systems, der Ölpreisschock und die weltweite Rezession — haben nicht nur für die „währungsschwachen“ Länder wie Italien und Großbritannien, sondern auch für die Bundesrepublik schwere Belastungsproben mit sich gebracht. Dank ihrer hohen Währungsreserven konnte die Bundesrepublik zum Financier von Zahlungsbilanzhilfen an Defizitländer werden und damit zur Stabilisierung eines „Milieus“ beitragen, das der westdeutschen Wirtschaft Exportchancen sichert. Weder die währungspolitischen Stützungsmaßnahmen noch der relativ hohe Anteil am EG-Haushalt haben der Bundesrepublik eine Dominanzposition im EG-internen Entscheidungsprozeß verliehen. Vielmehr läßt sich zeigen, daß die Bundesrepublik ihre Wirtschaftskraft nur sehr begrenzt im Dienst ihrer europapolitischen Strategie auszuspielen vermag. Abschließend werden einige Faktoren skizziert, welche die Schranken der westdeutschen Wirtschaftsmacht bilden.

## **Udo Kempf: Frankreich nach der Wahl. Politische, wirtschaftliche und soziale Probleme**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/78, S. 19—30

Die Wahlentscheidung vom März 1978 ist zweifellos eine der interessantesten seit Bestehen der V. Republik gewesen. Sie hat nicht nur keinen Machtwechsel herbeigeführt, sondern auch folgende Änderungen im französischen Parteienspektrum bewirkt: Zunächst erzielte die seit über einem Jahr stark favorisierte Sozialistische Partei nicht den Erfolg, der ihr von den Meinungsforschern vorausgesagt worden war. Zwar wurde sie stärkste Linkspartei, aber aufgrund der seit Monaten andauernden heftigen Auseinandersetzung innerhalb des linken Lagers verfehlte die vereinigte Linke ihr Wahlziel, die bisherige Regierungsmehrheit abzulösen. Die Folge war der Bruch zwischen Sozialisten und Kommunisten, der von den letzteren seit Herbst 1977 systematisch provoziert worden war. Als Ursache für dieses Verhalten der PCF ist in erster Linie ihr Trauma anzusehen, innerhalb der Linksunion in eine Juniorrolle gedrängt zu werden, bzw. ihre Furcht, zahlreiche Wähler an die Sozialisten zu verlieren und damit ihre Rolle als Avantgarde der Arbeiterklasse einzubüßen. Deshalb war Marchais bereit, das Linksbündnis und damit die Regierungsübernahme einer Stabilisierung der kommunistischen Wählerstimmen zu opfern.

Im Lager der Regierungsparteien gewannen zwar die Gaullisten die meisten Mandate; aber sie erhielten in der fast gleichstarken Sammlungsbewegung Union pour la Démocratie Française, deren wichtigste Gruppierung die Republikanische Partei ist, ein Gegengewicht, das ihren Aktionspielraum in der Regierung und im Parlament einengen kann, zumal sich der Staatschef jetzt zum erstenmal seit 1974 auf eine „Präsidenten-Partei“ in der Nationalversammlung stützen kann. Andererseits sind Staatsgarde der Arbeiterklasse d'Estaing und sein Premierminister R. Barre nach wie vor auf J. Chiracs Partei angewiesen, da die von Giscard propagierte Öffnung nach links wegen der Weigerung der Sozialisten vorläufig illusorisch bleibt.

Somit haben die Wahlen zwar den Regierungsparteien rechnerisch eine stabile Mehrheit an Mandaten beschert, aber nicht zur Lösung der sozialen Probleme beigetragen. Gerade die Frage nach einer gerechteren sozialen Ordnung hat im Wahlkampf eine besondere Rolle gespielt. Frankreich hat nämlich einem offiziellen Bericht zufolge mit die ungerechteste Einkommens- und Vermögensverteilung in Westeuropa sowie ein ebenso ungerechtes Steuersystem.

Diese Probleme korrelieren mit einem grundlegenden Wandel der französischen Sozialstruktur seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Praktisch läßt sich die französische Gesellschaft in fünf ziemlich von einander abgegrenzte Gruppen unterteilen, zwischen denen eine Stufenverschiebung im Sinne von realen Aufstiegschancen fast ausgeschlossen ist.

**Ernst Maste: Rousseau — Kulturphilosoph und Staatsdenker. Zur 200. Wiederkehr des Todestages**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/78, S. 31—37

Rousseau, der von der Aufklärung ausging, hat deren Grenzen überschritten, indem er einen Irrationalismus oder Emotionalismus hinzubachte. Eben dadurch hat er Wirkungen ausgelöst, die kaum überschätzt werden können. Als Autodidakt aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammend, hat er ein bewegtes Leben geführt. Aufsehen erregten zunächst seine kulturphilosophischen Schriften, in denen er den Abfall des Menschen von der Natur beklagte und die zeitgenössische Zivilisation in Frage stellte. Bis in unsere Zeit hinein umstritten ist seine staatsrechtliche Abhandlung über den Gesellschaftsvertrag (*Contrat social*). Die Vorbehalte des Verfassers, zumal daß er nur an die überschaubaren Verhältnisse eines Kleinstaates gedacht hat, wurden übersehen. So hat man von der Schrift sogar eine Linie zum Totalitarismus unseres Jahrhunderts ziehen wollen. Zu einem der Wegbereiter der Französischen Revolution ist Rousseau gegen jede Absicht geworden; er ist weit eher ein Konservativer als ein Revolutionär gewesen und am ehesten wohl als ein Moralist zu verstehen. Seine Lehre, daß das republikanische Gemeinwesen, um Bestand zu haben, geistig-sittlicher Kräfte bedarf, ist zeitlos gültig.